

Straßenbenennungen im Planungsquartier Lengfeld Waidmannsteige

1. Friederike-Nadig-Straße
2. Elisabeth-Selbert-Straße
3. Helene-Weber-Straße

1. Friederike Charlotte Louise Nadig (1897 – 1970)

Zu den „Müttern des deutschen Grundgesetzes“ wird auch die am 11. Dezember 1897 in Herford geborene Friederike Charlotte Louise Nadig (geb. Drewes) gezählt.¹ Als Tochter aus bürgerlichem Hause besuchte sie eine Bürgerschule und absolvierte eine Lehre als Verkäuferin in einem Konsum-Verein. Diese Tätigkeit übte sie von 1914 bis 1920 aus. 1914 trat sie der Sozialistischen Arbeiterjugend bei, 1916 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).² Von 1920 bis 1922 besuchte Nadig die von der Sozialreformerin Alice Salomon gegründete Soziale Frauenschule in Berlin. Dort ließ sie sich zur Wohlfahrtspflegerin ausbilden.³ Danach trat sie eine Stelle als Jugendfürsorgerin im Bielefelder Wohlfahrtsamt an, während sie gleichzeitig ehrenamtlich für die Arbeiterwohlfahrt aktiv war.⁴ Auch auf politischer Ebene blieb sie weiterhin aktiv. So wurde sie als SPD-Abgeordnete in den Westfälischen Provinziallandtag gewählt, dem sie auch bis zur Auflösung im Jahr 1933 angehörte war. Nach der Machtergreifung Hitlers wurde sie jedoch wegen „Unzuverlässigkeit im nationalen Sinne“ aus dem Wohlfahrtsamt entlassen, was sowohl mit einem Berufsverbot als auch einem Verbot jeglicher politischer Tätigkeiten einherging. Aufgrund der gegebenen Umstände war sie dementsprechend gezwungen, an einer Umschulung teilzunehmen. Ab 1936 konnte sie eine Anstellung als Gesundheitspflegerin am Staatlichen Gesundheitsamt in Ahrweiler finden. Dabei engagierte sie sich in den Bezirken Ahrweiler und Sinzig für die Betreuung von Kranken (z. B. TBC, Diabetes) sowie für Säuglinge und in der Mütterberatung. Offenbar bemühte sie sich auch, Menschen vor den NS-Krankenmorden zu schützen.⁵ 1946 hob die Stadt Bielefeld ihre Entlassung von 1933 auf. Doch sie entschied sich gegen eine Wiedereinstellung und übernahm stattdessen einer Stelle als hauptamtliche Bezirkssekretärin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Westfalen-Ost. In den folgenden Jahren engagierte sie sich bei der Organisation für neue Altenheime und Kindereinrichtungen. Zudem wurde sie 1947 Mitglied für die britische Besatzungszone, während sie gleichzeitig Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Beisitzerin des Bezirksvorstandes der SPD in Ostwestfalen-Lippe und 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates wurde.⁶ Sie gehörte drei Legislaturperioden lang dem Deutschen Bundestag an und legte ihren Fokus vor allem auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau (insbesondere im Ehe- und Familienrecht).⁷ Für ihr außergewöhnliches Engagement erhielt sie von Bundespräsidenten Heinrich Lübke das Große Bundesverdienstkreuz („zur Festigung des demokratischen Gedankens vor allem bei der weiblichen Bevölkerung“).⁸ Ergänzend dazu wurde Nadig am 17. Januar 1970 für ihren Einsatz bei der Arbeiterwohlfahrt vom Bundesvorstand mit der Marie-Juchacz-Plakette geehrt. Zudem sind nach ihr mehrere Straßen sowie ein Seniorenheim in Bielefeld-Sennestadt und die Frieda-Nadig-Stiftung benannt. Heute findet man auch auf dem Rathausplatz in Herford ein nach ihr benanntes Denkmal. Nadig starb am 14. August 1970 in Bad Oeynhausen.⁹

Literaturverzeichnis

Feldkamp, Michael F., Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Die Entstehung des Grundgesetzes, Göttingen 2019.

Hilke, Lorenz, 61 Verfassungsväter und vier Mütter, Stuttgarter Zeitung Nr. 107, 9. Mai 2019, Stuttgart.

<https://www.bad-neuenahr-ahrweiler.de/persoenlichkeiten/frieda-nadig/> [zuletzt aufgerufen am 28.02.2023].
<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023]
<https://www.hdg.de/lemo/biografie/frieda-nadig.html> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].
<https://www.landtag.nrw.de/home/der-landtag/geschichte-des-landtags/verfolgungsbiografien/biografien/frieda-nadig/lebensgeschichte-frieda-nadig.html> [zuletzt aufgerufen am 28.02.2023].
Sänger, Siegfried, Handbuch des Deutschen Bundestages, Stuttgart 41957.

Weiterführende Literatur

Notz, Gisela, Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 bis 1957, Bonn 2003.
Sunderbrink, Bärbel, „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Die SPD-Politikerin und Mitgestalterin des Grundgesetzes Frieda Nadig (1897–1970), in: Bärbel Sunderbrink (Hg.), Frauen in der Bielefelder Geschichte, Bielefeld 2010, S. 222–231.
Sunderbrink, Bärbel, Frieda Nadig, das Grundgesetz und „der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau“, in: Ravensburger Blätter, Heft 1/2009, S. 49–62.
1 Vgl.
<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].
2 Vgl. Feldkamp (2019), 217.
3 Vgl.
<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].
4 Vgl. <https://www.hdg.de/lemo/biografie/frieda-nadig.html> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].
5 <https://www.bad-neuenahr-ahrweiler.de/persoenlichkeiten/frieda-nadig/> [zuletzt aufgerufen am 28.02.2023]
6 Vgl. Hilke (2019), 4; <https://www.hdg.de/lemo/biografie/frieda-nadig.html> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].
7 Vgl. Sänger (19574), 157.
8 Vgl. <https://www.landtag.nrw.de/home/der-landtag/geschichte-des-landtags/verfolgungsbiografien/biografien/frieda-nadig/lebensgeschichte-frieda-nadig.html> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].
9 Vgl.
<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

2. Martha Elisabeth Selbert (1896 – 1986)

Martha Elisabeth Selbert (geb. Rohde) wurde am 22. September 1896 in Kassel geboren und ist insbesondere für ihr (frauen-)politisches Engagement bekannt.¹ Sie besuchte ab 1912 die Kasseler Gewerbe- und Handelsschule des Frauenbildungsvereins und strebte den Beruf als Lehrerin an. Da dies an finanziellen Mitteln scheiterte, übernahm sie eine Stelle im Telegrafendienst der Reichspost. Bereits im Jahr 1918 wurde sie Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).² Um ihrem politischen Interesse nachgehen zu können, holte Selbert 1926 an der Luisenschule in Kassel das Abitur nach und studierte im Anschluss Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg. Sie wechselte

dann nach Göttingen und begann im siebten Semester mit der Dissertation zum Thema Ehezerüttung als Scheidungsthema.³ Im Jahr 1934 eröffnete sie ihre eigene Rechtsanwaltskanzlei mit dem Schwerpunkt Familienrecht.⁴ Ihr politisches Interesse wurde durch ihren Ehemann Adam Selbert gefördert, der sie regelmäßig mit auf Veranstaltungen nahm.⁵ Auch der Oberbürgermeister in Kassel, Philipp Scheidemann, animierte sie zum politischen Engagement. So fokussierte sie sich insbesondere auf die Gleichberechtigung für Frauen.⁶ 1919 hatte sie bereits einen Sitz im Gemeindepapament von Niederzwehren inne und arbeitete im Finanzausschuss mit.⁷ Bei der Reichstagswahl im März 1933 kandidierte Selbert auf der Liste der SPD, erlangte aber kein Mandat. 1934 legte sie ihr Zweites Staatsexamen ab und stellte auf Drängen ihres Mannes, der von den Nationalsozialisten seines Amtes als stellvertretender Bürgermeister von Niederzwehren enthoben und im KZ Breitenau in „Schutzhaft“ genommen worden war, einen Antrag auf Zulassung zur Anwaltschaft, die sie auch erhielt.⁸ Dies lässt sich wie folgt erklären: Da es den Nationalsozialisten noch nicht gelungen war, Frauen vollständig aus den juristischen Berufen zu verbannen, konnte sich Elisabeth gegen den Willen des nationalsozialistischen Oberlandesgerichtspräsidenten, gegen das Votum der Rechtskammer und gegen die Entscheidung des Gauleiters und NS-Juristenbundes am 15. Dezember 1934 durchsetzen und erhielt ihre Zulassung (offenbar durch Vertreter des Oberlandesgerichtspräsidenten, der sich gerade in Urlaub befand). Anschließend konnte sie ihre anwaltliche Praxis eröffnen.⁹ Ihr Mann musste jedoch bis 1945 aufgrund politischer Verfolgung erwerbslos bleiben. 1943 wurde bei einem alliierten Luftangriff Selberts Kanzlei in Kassel zerstört. Ihr gelang 1945 eine Wiedereröffnung und die Zulassung als Strafverteidigerin am amerikanischen Militärgericht.¹⁰ Von 1946 bis 1958 war sie zunächst Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung des Landes Hessen, anschließend des Hessischen Landtags und zeitgleich im SPD-Parteivorstand aktiv.¹¹ 1948 wurde sie in den Parlamentarischen Rat berufen.¹² Dadurch wirkte sie an der Ausarbeitung des Grundgesetzes mit; besonders engagiert stritt sie dabei für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Dank ihres Einsatzes erhielt Art. 3 Abs. 2 GG die noch heute gültige Formulierung (Satz 1). Seinerzeit indes wurde diese als sehr weitgehend, ja geradezu revolutionär betrachtet.¹³ Obgleich ihr, im Gegensatz zu den anderen „Müttern des Grundgesetzes“, der Einzug in den ersten Bundestag 1949 misslang¹⁴, erhielt sie nicht zuletzt aufgrund dieses Engagements eine Reihe von Auszeichnungen. Bereits im Jahr 1956 wurde ihr das Große Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen. 1969 erhielt sie den Wappenring der Stadt Kassel; 1978 wurde sie mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen ausgezeichnet. Zudem richtete 1983 die Initiative der hessischen Landesregierung zu Ehren der Namensgeberin des Preises der Elisabeth-Selbert-Preis ein, der für bedeutende Leistungen im Einsatz für Chancengleichheit von Frau und Mann verliehen wird.¹⁵ 1984 erhielt sie die Ehrenbürgerwürde der Stadt Kassel.¹⁶ Für ihren unermüdlichen Einsatz für gleiche Rechte benannte man des Weiteren zahlreiche Straßen, Brücken und auch Schulen im Bundesgebiet nach ihr. Außerdem tragen ein Sitzungssaal des Bundessozialgerichtes, ein Konferenzraum im Bundesministerium der Justiz und ein Bürogebäude des Bundestags ihren Namen.¹⁷ Im Alter von 89 Jahren starb Dr. Martha Elisabeth Selbert am 9. Juni 1986 in Kassel.¹⁸

Literaturverzeichnis

- Barthel, Elke, Dr. Elisabeth Selbert, in: Sabine, Köttelwesch u. a. (Hgg.), 11 Frauen - 11 Jahrhunderte, Kassel 2013, S. 149-163.
- Dertinger, Antje, Frauen der ersten Stunde. Aus den Gründerjahren der Bundesrepublik, Bonn 1989.
- Feldkamp, Michael F., Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Die Entstehung des Grundgesetzes, Göttingen 2019.
- Frandsen, Dorothea / Barowsky, Ella, Frauen in Wissenschaft und Politik

[Sammelband anlässlich des 60jährigen Bestehens des Deutschen Akademikerinnenbundes e.V.], Düsseldorf 1987.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023]

<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/elisabeth-selbert#actor-biography> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

<https://soziales.hessen.de/Preise-und-Ehrungen/Elisabeth-Selbert-Preis> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

Geyken, Frauke, Elisabeth Selbert (1896, Kassel-1986) – Juristin und SPD-Frauen-Politikerin, in: Dorothee Linnemann (Hg.), *Damenwahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht* (Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 36), Frankfurt a. M. [2018], S. 244–245.

Pisal, Ramona, Elisabeth Selbert: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, *Zeitschrift des deutschen Juristinnenbundes* 11,3 (2008), S. 133–136.

Weiterführende Literatur

Böttger, Barbara, *Das Recht auf Gleichheit und Differenz. Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art. 3 II Grundgesetz*, Münster 1990.

Dertinger, Antje, *Elisabeth Selbert. Eine Kurzbiographie*, Wiesbaden 1986.

Eichel, Hans / Stolterfoht, Barbara, *Elisabeth Selbert und die Gleichstellung der Frau. Eine unvollendete Geschichte*, Kassel 2015.

Notz, Gisela, *Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 bis 1957*, Bonn 2003.

Röwekamp, Marion, *Juristinnen – Lexikon zu Leben und Werk*, Baden-Baden 2005, S. 395–399.

Wilms, Heinrich, *Dokumente zur Entstehung des Grundgesetzes 1948 und 1949*. Stuttgart 2001.

1 Vgl. Röwekamp (2005), 395.

2 Vgl. Dertinger (1989), 180,

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

3 Vgl. Barthel (2013), 156. Das Zerrüttungsprinzip wurde im Scheidungsrecht erst Ende der 1970er Jahre eingeführt.

4 Vgl. Pisal (2008), 134.

5 Vgl. Huffmann/ Fransden/ Kuhn (1987), 69.

6 Vgl. Ebd. 69.

7 Vgl.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

8 Vgl. Huffmann/ Fransden/ Kuhn (1987), 70.

9 Vgl. Geyken (2019), 245.

10 Vgl. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/elisabeth-selbert#actor-biography>

[zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

11 Vgl. Feldkamp (2019), 222.

12 Vgl. Dertinger, (1989), 182;

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

13 Vgl. Dertinger, (1989), 188; <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/elisabeth-selbert#actor-biography> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

14 Vgl. Pisal (2008), 136.

15 Vgl. <https://soziales.hessen.de/Preise-und-Ehrungen/Elisabeth-Selbert-Preis> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

16 Vgl. Ebd.

17 Vgl.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

18 Vgl. Huffmann/ Frandsen/ Kuhn (1987), 70.

3. Helene Auguste Weber (1881 – 1962)

Helene Auguste Weber wurde am 17. März 1881 in Elberfeld geboren und besuchte dort sowohl die Volksschule als auch die Städtische Höhere Töchterschule. Im Anschluss daran absolvierte sie von 1897 bis 1900 das Lehrerinnenbildungsseminar in Aachen, sodass sie danach für fünf Jahre als Volksschullehrerin in Haaren bei Aachen und auch in ihrem Geburtsort tätig war. Nach ihrer Lehrerinnentätigkeit nahm sie ein Studium auf. Sie studierte von 1905 bis 1909 Geschichte, Philosophie, Romanistik und auch Volkswirtschaft in Bonn und Grenoble.¹ Mit dem Abschluss erhielt sie auch die Lehrbefähigung für mittlere und höhere Schulen, sodass sie von 1909 bis 1911 am städtischen Lyzeum tätig war. Zudem arbeitete sie am Oberlyzeum in Bochum und ab 1911 für weitere fünf Jahre als Studienrätin an der Kaiserin-August-Schule in Köln.² Im Jahr 1916 leitete sie die neu eröffnete Soziale Frauenschule des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Köln und war als Vorsitzende im Verein der katholischen Sozialbeamtinnen aktiv. Zudem leitete sie die Vereinszeitschrift „Mitteilungen“ redaktionell.³ Ihre politische Tätigkeit begann im Jahr 1919. So erhielt sie am 19. Januar desselben Jahres bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung als Kandidatin der Deutschen Zentrumspartei im Wahlkreis Düsseldorf ein Mandat. Zusätzlich wurde Weber als Referentin ins Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt berufen. Gleichzeitig war sie bis 1924 zwei Jahre Mitglied im Preußischen Landtag.⁴ Von 1920 bis 1933 hatte sie als Ministerialrätin am Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt die Leitung des Dezernats „Soziale Ausbildung und Jugendfragen“ inne.⁵ Helene Weber widmete sich insbesondere sozialpolitischen Fragen. Themen wie Frauenbildung, Jugendwohlfahrt und auch das Familienrecht waren hier von hohem Stellenwert. So war sie von 1925 bis 1933 Vorsitzende der Reichsfrauenbeirats und wurde zudem Vorstandsmitglied der Union Catholique de Service Social und der Weltunion der katholischen Frauenorganisation. Aufgrund ihres Engagements erhielt sie 1930 von der Universität Münster die Ehrendoktorwürde der Staatswissenschaft. Obwohl sich Weber in den Beratungen der Zentrumsfraktion gegen das Ermächtigungsgesetz aussprach, stimmte sie bei der amtlichen Abstimmung am 23. März 1933 im Reichstag für die Verabschiedung des Gesetzes. Am 30. Juni im selben Jahr wurde sie aufgrund politischer Unzuverlässigkeit aus dem Staatsdienst entlassen. Jeglicher politische Einsatz war ihr damit untersagt. Da sie dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstand, widmete sie sich von 1933 bis 1943 dem Fürsorge- und Caritasdienst in Berlin. Insbesondere übernahm sie hauptamtlich den Vorsitz des Berufsverbands katholischer Fürsorgerinnen (nunmehr umbenannt in Hedwigsbund)⁶ und suchte so Schutz unter dem Dach der Kirche.⁷ Bemerkenswert, weil selten und daher positiv zu werten, sind selbstkritische Reflexionen Webers nach dem Krieg über zu geringen Mut in der NS-Zeit: „Ich werfe mir das heute vor, daß ich nicht die letzte am Schafott gewesen bin. Eine Ahnung von diesem Grauenhaften haben wir in einem gewissen Umfange doch gehabt.“⁸ Nach dem Kriegsende trat sie der Christlich Demokratischen Union (CDU) bei. Sie wurde zudem Abgeordnete des ersten nordrhein-westfälischen Landtags. Zusätzlich gehörte sie dem Zonenbeirat an und war anschließend von 1948 bis 1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates.⁹ Hier sprach sie sich insbesondere für eine Verankerung des

Rechts auf Lohngleichheit von Männern und Frauen aus. Damit wirke sie maßgeblich bei der Ausarbeitung des Art. 3 Abs. 2 im Grundgesetz mit. Weber kandidierte für die CDU im Wahlkreis Aachen-Stadt für den ersten Deutschen Bundestag und wurde Vorsitzende der Frauenvereinigung (bis 1958).¹⁰ Außerdem war sie seit 1950 Mitglied der deutschen Delegation des Europarats.¹¹ 1956 wurde ihr das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und 1961 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen.¹² Neben den Ehrungen und Auszeichnungen sind nach ihr zahlreiche Bildungsinstitutionen, wie zum Beispiel das Helene-Weber-Berufskolleg in Paderborn benannt. 2009 wurde der Helene-Weber-Preis, der Familien, Senioren, Frauen und auch Jugendliche für politisches Engagement ehrt, vom zuständigen Bundesministerium ins Leben gerufen. Des Weiteren tragen heute zahlreiche Straßen ihren Namen. Am 25. Juli 1962 verstarb sie aufgrund einer Krankheit in Bonn.

Literaturverzeichnis

Feldkamp, Michael F., Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Die Entstehung des Grundgesetzes, Göttingen 2019.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023]

Haunhorst, Regina / Trösch, Sven, Biografie Helene Weber, LeMo Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte Deutschland. URL: <https://www.hdg.de/lemo/biografie/helene-weber.html> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

Geyken, Frauke, Helene Weber (1881, Elberfeld – 1962, Bonn) – Konservative Politikerin und eine der Mütter des Grundgesetzes, Dorothee Linnemann (Hg.), Damenwahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht (Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 36), Frankfurt a. M. [2018], S. 176–177.

Erhard H. M. Lange, Helene Weber (1881-1961). Ein Frauenleben für die Politik, in: Geschichte im Westen 21 (2006), S. 183-201.

Paulus, Julia, Die Parteien und die Frauen, Dorothee Linnemann (Hg.), Damenwahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht (Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 36), Frankfurt a. M. [2018], S. 158–161.

Von Hindenburg, Barbara (2019), Frauen in der Weimarer Nationalversammlung: Ein neuer Typ Politikerin?, Dorothee Linnemann (Hg.), Damenwahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht (Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 36), Frankfurt a. M. [2018], S. 162–165.

Weber, Helene, Deutscher Bundestag – 20. und 21. Sitzung, 2. Dezember, Bonn 1949. (Redebeitrag).

Weiterführende Literatur

Eckhard, Hansen / Tennstedt, Florian, Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945 (Sozialpolitiker in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1919 bis 1945 2), Kassel 2018.

Fuchs, Konrad, Weber, Helene, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon Bd. 13, Herzberg 1998, Sp. 404–405.

1 Vgl. Geyken (2018), 177; Paulus (2018), 161;

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf>.

2 Vgl. Haunhorst/ Trösch, Biografie Helene Weber; URL:

<https://www.hdg.de/lemo/biografie/helene-weber.html> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

3 Vgl. Geyken (2018), 177.

4 Vgl. Von Hindenburg (2018), 162.

5 Vgl. Geyken (2018), 177.

6 Erhard H. M. Lange, Helene Weber (1881-1961). Ein Frauenleben für die Politik, in: Geschichte im Westen 21 (2006), S. 183-201.

7 Vgl.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf>. [zuletzt aufgerufen am 10.02.2023].

8 Zitat bei Lange (2006), 193.

9 Vgl. Ebd., 177;

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf>. [zuletzt aufgerufen am 05.02.2023].

10 Vgl. Feldkamp (2019), 226.

11 Vgl. Haunhorst/ Trösch, Biografie Helene Weber; URL:

<https://www.hdg.de/lemo/biografie/helene-weber.html> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

12 Vgl.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/8156d7adff892da23dbcb57a460e83cd/muetter-grundgesetz-data.pdf> [zuletzt aufgerufen am 04.02.2023].

Straßen- und Platzbenennungen in den Planungsquartieren IV und V auf dem Konversionsgelände Hubland

1. Anita-Augspurg-Straße
2. Dorothy-Beebe-Straße
3. Emy-Gordon-Straße
4. Jenny-Hausmann-Straße
5. Marie-Juchacz-Straße
6. Petra-Kelly-Straße
7. Franziska-Kimpfler-Straße
8. Maria-von-Linden-Straße
9. Lise-Meitner-Platz
10. Emmy-Noether-Platz
11. Ruth-Pfau-Straße
12. Irmilind-Rehberger-Straße
13. Ellen-Schlüchter-Straße
14. Marie-Wegrainer-Straße

1. Anita Augspurg (1857 – 1943)

Anita Theodora Johanna Sophie Augspurg wurde am 22. September 1857 in Verden a. d. Aller geboren. Die Juristin war eine einflussreiche radikale deutsche Frauenrechtsaktivistin und Pazifistin. Sie zählt als eine der bedeutendsten Vertreterinnen der radikal-bürgerlichen Frauenbewegung. Zudem arbeitete sie als Fotografin, Journalistin und Publizistin feministischer Zeitschriften. Am 20. Dezember 1943 starb sie im Züricher Exil.

Anita Augspurg wurde als Tochter eines Obergerichtsanwalts in eine bürgerliche Familie geboren, die bereits seit Generationen aus Juristen und Medizinern bestand. Nach der Töchterschule arbeitete sie zunächst in der Kanzlei ihres Vaters, was sie geistig jedoch nicht auslastete, weshalb sie 1878 nach Berlin ging und dort ein privates Lehrerinnenseminar besuchte. Danach nahm sie privat Schauspielunterricht. Anfang der 1880er Jahre hatte sie kleinere Rollen an verschiedenen Theatern, der große Erfolg blieb jedoch aus. Deshalb machte Augspurg eine Ausbildung zur Fotografin und zog 1887 nach München. Dort eröffnete sie mit ihrer Lebensabschnittsgeliebten Sophie Goudstikker das bald sehr angesehene Fotoatelier „Elvira“. Die beiden Frauenrechtlerinnen durchbrachen nicht nur mit ihrer Beziehung gesellschaftliche Konventionen, sondern auch, indem sie Kurzhaarschnitte und Reformkleidung trugen oder im Herrensitz ritten. Augspurg widmete sich zunehmend dem Kampf um Frauenrechte. 1891 wirkte sie, als Mitgründerin des Frauenvereins „Frauenwohl“, bei einer Petition mit, die forderte, Frauen an Hochschulen zuzulassen. Auch setzte sie sich für eine bessere Bildung von Mädchen ein und war an der Gründung des ersten deutschen Mädchengymnasiums beteiligt. Da Frauen das Studium in Deutschland verwehrt wurde, ging sie 1893 nach Zürich. Dort studierte sie Jura, um besser für Frauenrechte kämpfen zu können. Ein Jahr später veröffentlichte sie „Die ethische Seite der Frauenfrage“. 1897 erlangte Anita Augspurg ihre Doktorwürde mit ihrer Arbeit „Über die Entstehung und Praxis der Volksvertretung in England“ und wurde damit bei ihrer Rückkehr nach Berlin die erste deutsche promovierte Juristin. Dadurch war sie in der Lage, bei Gesetzesänderungsvorschlägen mitzuwirken und Aufklärungsarbeit über die juristische Stellung von Frauen zu leisten. Augspurg nahm 1897 am Internationalen Abolitionistischen Kongress in London teil und wurde im darauffolgenden Jahr Mitbegründerin des deutschen Zweigverbands der Internationalen Abolitionistischen Föderation in Hamburg. Diese setzte sich gegen das staatliche Verbot von Prostitution sowie die damit einhergehende Repression

ein und forderte für die in diesem Bereich Arbeitenden mehr Rechte - damals eine sehr kühne Forderung, die auf wenig Zustimmung stieß. Ab 1899 war Augspurg publizistisch für die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ sowie die Beilage „Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung“ der Zeitschrift „Die Frauenbewegung“ zuständig. Sie war zudem Mitglied und Mitgründerin zahlreicher Frauenvereine, u.a. die zweite Vorsitzende des „Verbands fortschrittlicher Frauenvereine“, der mit der Gleichstellung von Männern und Frauen und antikapitalistischer Gesellschaftskritik eine deutlich radikalere, moderne Position vertrat als die meisten bürgerlichen Vereine. 1902 gelang es ihr, den Verein „Deutscher Verband für Frauenstimmrecht“ zu gründen, dessen Präsidentin sie wurde. 1904 wurde sie sogar stellvertretende Vorsitzende des „Weltbundes für Frauenstimmrecht“. Dazwischen begann sie ihre Lebensgemeinschaft mit ihrer politischen Gefährtin Lida Gustava Heymann, die sie bereits 1896 kennengelernt hatte. Augspurg hielt Reden, schrieb für in- wie ausländische Magazine und publizierte eigene Medien. Inspiriert von der „Propaganda der Tat“ der Suffragettenbewegung verfasste sie Aufrufe und leitete Aktionen des zivilen Ungehorsams. So ließ sie sich geplant verhaften oder löste öffentliche Empörung aus, als sie im Kampf gegen das reaktionäre Eherecht zum Eheboykott aufrief. Augspurg trat aufgrund inhaltlicher Differenzen mit der Zeit aus mehreren Vereinen aus, legte den Vorsitz nieder und distanzierte sich nachdrücklich von diskriminierenden Ideen wie einem Dreiklassenwahlrecht. 1903 versuchte sie, die staatliche Willkür gegen Frauen unter dem Vorwurf angeblicher Prostitution aufzuzeigen. Sie begleitete öffentlichkeitswirksam einen Polizisten, der ihre Personalien kontrollierte, auf die Wache und arbeitete ihre freiwillige Verhaftung medial geschickt auf. Der Vorfall und die willkürlichen, nicht vorhandenen Gründe für die Kontrolle wurden sogar im Reichstag diskutiert. 1906 stand sie wegen Beleidigung der Hamburger Polizei vor Gericht, nachdem sie die Polizeigewalt gegen Teilnehmende einer Demonstration gegen die Einschränkung des Wahlrechts, medial und vor Ort kritisch kommentiert hatte. Dieser „Prozess Augspurg“ erregte in der in- und ausländischen Presse bis in die USA Aufsehen. Dank Heymanns Erbe lebten die beiden Frauen extravagant. Sie trieben als unweiblich angesehene Sportarten, machten 1928 ihre Führerscheine und bereisten mit dem Auto Europa. Die Vegetarierinnen beschlossen, auf dem Land zu wohnen und zogen 1908 auf den Siglhof bei Peißenberg in Oberbayern, den sie renovierten und ökologisch bewirtschafteten. Zu ihren Tieren entwickelten sie eine sehr enge Bindung und begannen infolgedessen ihren Einsatz für Tierschutz, wofür sie auch ihren Einfluss auf feministische Infrastruktur nutzten. Dies verstärkte ihre Isolierung innerhalb der Frauenbewegung. 1911 und 1913 brannte der Hof – und die beiden Frauenrechtlerinnen entschlossen sich, ihn aufzugeben. Besonders an Heymann gibt es massive Kritik. So forderte sie 1907 auf einer Versammlung Gesetze zur „Vernichtung von Krüppeln“ und trat auch insgesamt eher harsch auf und eckte an. Von Augspurg ließen sich keine solchen Aussagen ermitteln. Sie galt auch immer als die freundlichere, ruhigere und bedachtere der beiden. Heymann übernahm auch zunehmend die gemeinsamen Projekte, die Redaktion des Magazins und sogar die Korrespondenzen ihrer Lebensgefährtin, während sich Augspurg aus der Öffentlichkeit zurückzog und sich um den Hof kümmerte. Erst mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs verstärkte Augspurg wieder ihr Engagement. 1914 verweigerte die Pazifistin die Mitarbeit am ‚Nationalen Frauendienst‘. Aufgrund ihres pazifistischen Engagements erhielt sie ein öffentliches Rede- und Publikationsverbot. Ihre Post wurde kontrolliert, und es wurden mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. Ende April 1915 initiierte sie den Internationalen Frauenfriedenskongress in Den Haag, auf dem der „Internationale Ausschuss für den dauernden Frieden“ gegründet wurde, der u.a. Vergewaltigungen als Kriegswaffe anprangerte und 1918 in „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ umbenannt wurde. Bis 1933 war Augspurg Teil des Vorstands des deutschen Zweigs der Liga. Nachdem am 8. November 1918 in München der bayerische Freistaat ausgerufen und das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, gehörte Augspurg dem „revolutionären Zentralarbeiterrat“, später dem Rätekongress an. Erfolglos ließ sie sich als parteilose

Kandidatin auf der USPD- Liste für den Landtag aufstellen. Ab 1919 gab sie zusammen mit ihrer Lebensgefährtin Heymann u.a. die pazifistische und feministische Monatszeitschrift „Die Frau im Staat“ heraus, in der sie politische Missstände und den grassierenden Antisemitismus anprangert. Beispielsweise beschrieb sie in dieser bereits früh die Problematik des Notstandsparagrafen Art. 48 der Weimarer Verfassung. Nachdem sie 1924 einen pazifistischen Vortrag in London hielten, stürzte sich die nationalistische Presse auf die beiden Frauen, woraufhin sie München mieden. Bereits ein Jahr vorher hatte Augspurg öffentlich die Ausweisung Hitlers aus Bayern gefordert. Während der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 waren Augspurg und Heymann gerade auf Urlaubsreise in der Schweiz. Sie beschlossen, in Zürich im Exil zu bleiben. Ihr Vermögen wurde konfisziert, ihr Archiv, ihre Texte und Aufzeichnungen zerstört. Als Geflüchtete in der Schweiz durften Augspurg und Heymann keiner politischen und journalistischen Betätigung nachgehen. Sie hielten sich mit publizistischen Tätigkeiten und der finanziellen Unterstützung von Freund:innen nur knapp über Wasser. Gemeinsam arbeiteten sie in dieser Zeit an ihren Memoiren. Im Dezember 1943 starb die seit Jahren stark pflegebedürftige Augspurg nur wenige Monate nach dem Krebstod ihrer Lebensgefährtin. Die Stadt Zürich ehrte Augspurg und Heymann mit einem Gedenkstein auf dem Friedhof, und mehrere Preise tragen ebenfalls Augspurgs Namen. Der von LAG Lesben in Nordrhein-Westfalen e.V. verliehene Augspurg-Heymann-Preis wurde jedoch 2015 in CouLe umbenannt, nachdem Heymanns menschenverachtendes Zitat zur Ermordung von Menschen mit Handicap bekannt wurde.

Literaturverzeichnis:

Henke, Christiane: Anita Augspurg, Reinbek bei Hamburg 2000.

Pataky, Sophie (Hg.): Lexikon deutscher Frauen der Feder. Bd. 1, Berlin 1898.

Kinnebrock, Susanne: Anita Augspurg, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv, 2021

<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/anita-augspurg>

Schüller, Elke: Anita Augspurg. bpb, 13.01.2009

<https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauenbewegung/35320/anita-augspurg/>

Röhling, Lisa-Maria: Pionierin des Frauenwahlrechts: Juristin Anita Augspurg aus Verden.

Frauengeschichte(n) aus unserer Region, bremen zwei, 22.04.2022

<https://www.bremenzwei.de/themen/anita-augspurg-108.html>

<https://www.dhm.de/lemo/biografie/anita-augspurg>

https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/anita-augspurg/?no_cache=1

<https://www.wilpf.de/rebellinnen-preis/>

https://www.queer.de/detail.php?article_id=24652

<https://stadt.muenchen.de/infos/anitaaugspurgpreis.html#:~:text=Auszeichnung%20f%C3%BCr%20mehr%20Gleichberechtigung&text=Die%20Auszeichnung%20ist%20ab%20dem,Oberb%C3%BCrgermeisters%20im%20Alten%20Rathaus%20vergeben.>

<https://couragierte-lesben-preis.nrw/historie/>

(Alle URLs zuletzt aufgerufen 28.03.2023)

2. Dorothy McRae Beebe (1894 – 1979)

Die Amerikanerin Dorothy McRae Beebe wurde am 5. April 1894 geboren und war seit dem 26. Dezember 1924 die zweite Ehefrau des späteren Leiters des Militärstützpunkts der US-Army in Würzburg, Brigadegeneral Charles Beebe.¹ Nachdem sie mit ihrem Ehemann 1947 in Würzburg eintraf, war sie von den Lebensumständen der stark zerstörten Stadt entsetzt² und zugleich motiviert zu helfen. Als Präsidentin des Amerikanischen Frauenclubs in Würzburg leitete sie u.a. das Wohlfahrtskomitee („Welfare Comittee“) der Hilfsvereinigung der amerikanischen Offiziersfrauen in Würzburg. Dieses verteilte Hilfspakete, Kleidung,

Lebensmittel usw. in der Stadt und im Regierungsflüchtlingslager.³ Mit Hilfe eines offenen Briefs in der Lokalzeitung Daily News machte sie in Amerika auf die dramatische Situation in Würzburg aufmerksam.⁴ Viele lokale Organisationen, Vereine, Schulen und auch Einzelpersonen taten sich daraufhin zusammen, um Würzburg Hilfe zu leisten. Auf Dorothy Beebe geht auch die Patenschaft der Stadt Faribault/Minnesota, wo die Beebes zeitweilig wohnten, für Würzburg zurück: Im April 1949 nahm Bürgermeister Georg Sittig für die Stadt Würzburg die entsprechende Urkunde aus den Händen Beebes in Empfang. Diese Patenschaft wandelte sich in der Folge zu einer echten Partnerschaft. Schon in den ersten Jahren wurden indes neben materiellen Hilfeleistungen auch freundschaftliche Beziehungen aufgebaut. Auch sonst setzte Dorothy Beebe sich in den ersten Jahren nach dem Krieg immer wieder für Würzburg ein und versuchte die Not in der weitgehend zerstörten Stadt zu lindern. Nach der Pensionierung ihres Mannes 1950 kehrten beide in die USA zurück. Dort starb sie am 14. Oktober 1979.⁵ Für ihr Engagement erhielt sie 1949 einen Würzburger Ratsbecher, den ihr Sohn 2005 dem Mainfränkischen Museum zur Verfügung stellte.

Literaturverzeichnis:

Flade, Roland: Würzburgs neuer Stadtteil Hubland. Seine Geschichte vom 18. bis zum 21. Jahrhundert (Schriften des Stadtarchivs Würzburg 20), Würzburg 2014.

https://wuerzburgwiki.de/wiki/Dorothy_Mcrae_Beebe [zuletzt aufgerufen am 04.04.2023].

1 Vgl. https://wuerzburgwiki.de/wiki/Dorothy_Mcrae_Beebe [aufgerufen am 21.03.2023].

2 Vgl. Flade (2014), 155.

3 Vgl. https://wuerzburgwiki.de/wiki/Dorothy_Mcrae_Beebe [aufgerufen am 21.03.2023]. Flade, S. 155.

4 Vgl. https://wuerzburgwiki.de/wiki/Dorothy_Mcrae_Beebe [aufgerufen am 21.03.2023].

5 Vgl. https://wuerzburgwiki.de/wiki/Dorothy_Mcrae_Beebe [aufgerufen am 21.03.2023].

3. Emy Gordon (1841 – 1909)

Emy Gordon of Ellon wurde am 6. März 1841 als Emilie Caroline Albertine Anna von Beulwitz in Cannstatt geboren. Sie zählt zu den bedeutendsten Vertreterinnen der deutschen katholischen Frauenbewegung und setzte sich u.a. für Maßnahmen gegen Kindersterblichkeit ein. Auf ihren Anstoß hin wurde der „Katholische Deutsche Frauenbund“ gegründet, der die zahlreichen einzelnen Verbände einte. 1909 starb sie an den Folgen einer Erkältung in Würzburg. Emilie von Beulwitz wuchs auf einem adeligen Gut bei Stuttgart auf, wo sie Privatunterricht erhielt. Später besuchte sie ein vornehmes Mädcheninternat in der französischen Schweiz. Die Zeit danach diente vor allem der Vorbereitung auf eine standesgemäße Ehe, was sich aufgrund ihrer kränklichen Verfassung und einem Fußleiden schwierig gestaltete. 1865 ging sie mit dem 30 Jahre älteren englischen Diplomaten Sir George Gordon of Ellon in Stuttgart eine uneheliche Beziehung ein, wobei zu berücksichtigen ist, dass Gordons erste Ehefrau Rosa Justina Young noch lebte und sie voneinander auch nicht geschieden waren. Das Paar bekam vier Kinder und heiratete erst 1871 kirchlich, nachdem Sir George zum katholischen Christentum konvertierte und seine Ehe mit Young für kirchenrechtlich nichtig erklärt worden war. Young klagte auf Fortbestehen und Ansprüche und gewann skandalträchtig vor einem schottischen Gericht. Erst nach Youngs Tod heirateten George und Emy Gordon 1892 auch zivil. Die Familie lebte ab 1871 einige Jahre in Sir Georges schottischer Heimat, nachdem dieser den diplomatischen Dienst beendet hatte. Da sie das Land nach dem Gerichtsurteil verlassen mussten, gingen sie zunächst nach Brügge und 1884 nach Würzburg. Hier begann sich Emy in zahlreichen karitativen Vereinen zu engagieren und ab den 1890er Jahren auch erfolgreich Texte und Bücher zu veröffentlichen. Am 2. Februar 1909 erlag sie den Folgen einer schweren

Erkältung und wurde am 5. Februar auf dem Würzburger Hauptfriedhof beerdigt. Die Themen von Emy Gordons Texten variierten stark. Sie schrieb beispielsweise viel über Malerei, aber auch über Kindergärtnerinnen oder Dienstmädchenlehrbücher. In den zuletzt genannten forderte sie beispielsweise von diesen absoluten Gehorsam ein. Gordon warnte auch vor der moralischen Verwahrlosung anständiger Mädchen bei der Fabrikarbeit, die dort anrühenden Witzen ihrer proletarischen Mitarbeiterinnen ausgesetzt wären und den unschicklichen Versuchungen der Freiheit verfallen würden, wodurch keine vernünftigen Ehen mehr zustande kommen könnten. Gordon befand, dass die Arbeit als Dienstmädchen, „die der Natur eines weiblichen Wesens am meisten entsprechend“¹ sei. Im Zusammenschluss von Fabrikarbeiterinnen und anderen berufstätigen Frauen in Gewerkschaften sah Gordon vor allem eine zunehmende Abkehr vom Glauben, die noch dazu „Mischehen“ fördern würde. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sprach sie sich für den Zusammenschluss der katholischen Frauenverbände aus. Auch Kindergärtnerinnen waren ein wiederkehrendes Thema bei Emy Gordon. Sie beklagte den Mangel an katholischen Kindergärtnerinnen, der nur durch evangelisches Personal ausgeglichen werden konnte. Deshalb setzte sie sich für die Gründung katholischer Seminare ein, die unter klösterlichen Genossenschaften veranstaltet werden sollten. Ihre eigene Vorstellung von katholischer Erziehung fußte nur auf sittlich-religiöser Vermittlung von Tugenden. Ihre Schrift „Die katholische Kindergärtnerin in Schule und Haus“ fand damals in katholischen Kreisen großen Anklang. Die Situation berufstätiger Frauen und ihrer Kinder war Emy Gordon jedoch zeitlebens sehr wichtig. So handelte ein Großteil ihrer Texte von sozialen Aspekten, wie den Arbeitsbedingungen in Frauenberufen oder Maßnahmen, um die Sterblichkeitsrate von Kindern zu senken. Hierzu gehörten beispielsweise die Erhöhung der Hygiene in der Kinderpflege, Stillprämien und ärztliche Untersuchungen. Auch unverheiratete Mütter vergaß Gordon nicht. Mit ihren Vereinen engagierte sie sich stark gegen die Verwahrlosung und das Leid von Kindern und gründete u.a. eine Krippe, eine Säuglingsmilchküche und eine Kinderbewahranstalt. Aus diesen Betreuungseinrichtungen ging später die heutige „Kinderklinik am Mönchberg“ hervor. Zudem gründete sie einen Mädchenschutzverein. In der „Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen“, deren Vorsitzende Gordon 1908 wurde, wurden Frauen aus unteren gesellschaftlichen Schichten auf juristischer und sozialer Ebene beraten. Sie schrieb auch zahlreiche Zeitungsartikel und redigierte Texte für Frauenseiten von Zeitungen. 1903 forderte Emy Gordon of Ellon in der Kölnischen Volkszeitung öffentlichkeitswirksam den Zusammenschluss der katholischen Frauenvereine. Dafür hatte sie sich bereits davor wiederholt ausgesprochen, da sie eine Modernisierung und einen Zusammenschluss als notwendig für adäquate caritative Leistungen ansah. Dies war ein wichtiger Anstoß für die Gründung des „Katholischen Deutschen Frauenbundes“, des ersten großen von Frauen geleiteten kirchlichen Vereins, die noch im gleichen Jahr erfolgte. 1904 wirkte sie bei der Gründung des Würzburger „Katholischen Frauenbunds“ mit, der Bayerns erste Zweigstelle wurde. Trotz ihrer konservativen Einstellung besuchte sie im gleichen Jahr den Internationalen Frauenkongress in Berlin. Beim Katholikentag in Würzburg im Jahre 1907 ergriff Gordon das Wort – obwohl nur Männer ein Rederecht besaßen. Sie forderte die Geistlichen auf, sich mit den Anliegen von Frauen und Mädchen zu beschäftigen und stellte ihren Verband vor. Die Stadt Würzburg ehrte Emy Gordons Wirken mit einer Gedenktafel in der Martinstraße.

Literaturhinweise:

Breuer, Gisela: Frauenbewegung im Katholizismus: der Katholische Frauenbund 1903-1918, Münster/Westf. 1998.

Gleichstellungsstelle für Frauen der Stadt Würzburg (Hg): Frauen in Würzburg. Stadtführer & Lesebuch, Würzburg 1996.

Purpus, Andrea: Frauenarbeit in den Unterschichten. Lebens- und Arbeitswelt Hamburger Dienstmädchen und Arbeiterinnen um 1900 unter besonderer Berücksichtigung der

häuslichen und gewerblichen Ausbildung (Hamburger Beiträge zur beruflichen Aus- und Weiterbildung 2), Münster/Westf. 2000.

Bast, Eva-Maria: Eine „Powerfrau“ des 19. Jahrhunderts. Main-Post, 31.01.2018

<https://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/eine-powerfrau-des-19-jahrhunderts-art-9876952>

Ince, E.B.: The Law Journal, Band 8, 1873

https://books.google.de/books?id=gVdNAQAAMAAJ&pg=PA375&redir_esc=y#v=onepage&q&f=false

<https://frauenbund-wuerzburg.de/aktuelles/nachrichten/eine-katholikin-mit-kampfgeist-6585455>

<https://www.kindergartenpaedagogik.de/fachartikel/geschichte-der-kinderbetreuung/manfred-berger-frauen-in-der-geschichte-des-kindergartens/204/>

<https://www.nifbe.de/component/themensammlung?view=item&id=460:emy-gordon-of-ellon-1848-1909&catid=37>

https://de.wikipedia.org/wiki/Emy_Gordon

<https://frauen-und-geschichte.de/website.php?id=denktag/2201201727.html>

<https://www.wiewaswie.nl/nl/detail/20281553>

<https://frauen-und-geschichte.de/website.php?id=denktag/2201201727.html>

(Alle URLs zuletzt aufgerufen am 04.04.2023)

1 Purpus, Andrea: Frauenarbeit in den Unterschichten. Lebens- und Arbeitswelt Hamburger Dienstmädchen und Arbeiterinnen um 1900 unter besonderer Berücksichtigung der häuslichen und gewerblichen Ausbildung (Hamburger Beiträge zur beruflichen Aus- und Weiterbildung 2), Münster/Westf. 2000, S. 41.

4. Jenny Hausmann (1878 – 1942/43)

Jenny Hausmann wurde am 11. August 1878 als Jenny Hirschmann in München geboren. Am 25. April 1942 wurde sie von Würzburg aus nach Krasnystaw deportiert. Vermutlich starb sie innerhalb der nächsten Monate im Raum Lublin. Jenny Hirschmann wuchs in München als Tochter des Metzgers Jakob und seiner Frau Sofie Hirschmann, geb. Friedlein, mit zwei älteren Schwestern, Sabine und Emma, sowie zwei älteren Brüdern, Joachim und Sigmund, auf. 1902 heiratete sie Hermann Hausmann und zog zu ihm nach Würzburg. Er war Teilhaber der von ihm im Jahre 1871 gegründeten Speditionsfirma Hausmann & Co in der Heinestraße 9 und finanziell gut situiert. Sie lebten zuerst in der Kaiserstr. 23, dann ab Dezember 1908 in der Wallgasse 4. 1932 starb Hermann Hausmann, weshalb die Firma auf Jenny überging und zunächst von ihr weitergeführt wurde. Wann diese verkauft oder aufgelöst wurde, ist unbekannt. Ein Jahr nach Hermanns Tod, zog Jenny Hausmanns ebenfalls verwitwete Schwester Emma Goldstein zu ihr. Beide waren Mitglied im Jüdischen Kulturbund in Würzburg. Dieser setzte sich für jüdische Künstler:innen ein, die im Nationalsozialismus von Berufsverboten betroffen waren. Im November 1935 zogen sie gemeinsam in die Kapuzinerstr. 21. Die jüdischen Schwestern mussten jedoch 1941 eine Sammelwohnung in der Bibrastraße 6 beziehen. Am 25. April erfolgte dann die dritte und größte Deportation aus Würzburg. Jenny Hausmann und ihre Schwester Emma Goldstein waren zwei von 852 Jüd:innen aus Unterfranken, die damals in den Osten deportiert wurden. Niemand überlebte. Zwischen dem 22. und 24. April 1942 mussten sich Jüd:innen aus ganz Unterfranken in Würzburg einfinden. Zunächst mussten sich Jenny Hausmann und die anderen Jüd:innen im Platz'schen Garten am heutigen Friedrich-Ebert-Ring „zur Evakuierung“ sammeln. Die Sammelstelle wurde von einem Nürnberger Kamerateam gefilmt. Nach demütigenden Kontrollen und Leibesvisitationen vor grellem Licht und Kameras wurde Hausmann zusammen mit den anderen Jüd:innen zum Bahnhof Aumühle

getrieben. Der Film der Kontrollen existiert nicht mehr, ein Foto des Deportationsmarschs ist allerdings erhalten geblieben. Es zeigt zahlreiche Menschen mit Davidsternen an der Kleidung, die einen vorgeschriebenen großen Karton mit ihrer Evakuierungsnummer und Heimatanschrift tragen. Von Polizisten wurden sie schwer bewacht. Nachdem die Jüd:innen in den Deportationszug getrieben wurden, fuhr dieser über den Würzburger Hauptbahnhof nach Bamberg. Dort mussten 103 weitere Menschen zusteigen. Es folgten 66 Stunden Zugfahrt, eingepfercht auf engstem Raum in der Kälte, ohne Nahrung oder Wasser, ohne Zugang zu ordentlichen oder ausreichenden Sanitäreinrichtungen - oft nur ein Eimer pro Abteil. Am 28.04.1942 erreichte der Deportationszug Krasnystaw im Raum Lublin, Polen. Zu Fuß wurden die Deportierten von dort aus in das 15 Kilometer entfernte Transit-Ghetto Kraśniczyn getrieben. Dort gab es weder Elektrizität noch fließend Wasser oder Sanitäreinrichtungen. Die Bewohner:innen mussten in Armut leben. Hunger, Krankheiten, Gewalt und Schikanen durch SS-Personal waren an der Tagesordnung. Höchstwahrscheinlich starben einige unterfränkische Jüd:innen an Hunger, Krankheit oder Gewalt, bevor sie in ein Vernichtungslager deportiert werden konnten. Im Deportationszug verliert sich Jenny Hausmanns Spur. Es wird jedoch angenommen, dass sie bis Herbst 1942 im Raum Lublin ermordet wurde. Wann und wo sie genau starb, konnte nicht rekonstruiert werden. Es gibt Vermutungen, dass die überlebenden Deportierten aus Unterfranken am 6. Juni 1942 nach Sobibor deportiert wurden. Auch wurden im Juni 200 Jüd:innen auf den Friedhof von Kraśniczyn getrieben und dort erschossen. Am 18. Juni wurde das Dorf schließlich für „judenfrei“ erklärt. Falls Hausmann bis dahin überlebt haben sollte, wurde sie anschließend wahrscheinlich mit den anderen Überlebenden von Kraśniczyn zu Fuß in das Transit-Ghetto Izbica getrieben. Von dort gingen Transporte in die Vernichtungslager Belzec und Sobibor. Im April 1943 erfolgte die vollständige Liquidierung der letzten Überlebenden im Ghetto Izbica, was Hausmanns maximal mögliche Überlebenszeit auf etwa ein Jahr nach der Deportation einschränkt. Ihr Stolperstein liegt in der Kapuzinerstr. 21. Auf ihm ist Izbica als Ermordungsort angegeben.

Literaturhinweise:

Flade, Roland: Juden in Würzburg. 1918 – 1933, (Mainfränkische Studien 34), Würzburg 1986.

Strätz, Reiner: Biographisches Handbuch. Würzburger Juden 1900 – 1945 , Teilband 1 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 4/I), Würzburg 1989.

Flade, Roland: Deportation aus Unterfranken vor 80 Jahren: Entwürdigende Prozedur vor laufender Kamera, Main-Post vom 24.04.2022,

<https://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/deportation-aus-unterfranken-vor-80-jahren-entwuerdigende-prozedur-vor-laufender-kamera-art-10776486>.

<https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de835202>

https://yvng.yadvashem.org/index.html?language=en&s_id=&s_lastName=hausmann&s_firstName=jenny&s_place=m%C3%BCnchen&s_dateOfBirth=&cluster=true

https://www.yadvashem.org/yv/en/exhibitions/communities/wuerzburg/deportation_25april.asp

[https://www.historisches-unterfranken.uni-](https://www.historisches-unterfranken.uni-wuerzburg.de/juf/Datenbank/detailsinclude.php?global=;search;24092;unscharf;;1;Hausmann;Jenny;,,,,,,,,,,,,,alle;,,,~ORDER~BY~name,vorname~;,,,,,1;111111111111111111;000_speziell_gesucht;ENDE;1~24092~)

[wuerzburg.de/juf/Datenbank/detailsinclude.php?global=;search;24092;unscharf;;1;Hausmann;Jenny;,,,,,,,,,,,,,alle;,,,~ORDER~BY~name,vorname~;,,,,,1;111111111111111111;000_speziell_gesucht;ENDE;1~24092~](https://www.historisches-unterfranken.uni-wuerzburg.de/juf/Datenbank/detailsinclude.php?global=;search;24092;unscharf;;1;Hausmann;Jenny;,,,,,,,,,,,,,alle;,,,~ORDER~BY~name,vorname~;,,,,,1;111111111111111111;000_speziell_gesucht;ENDE;1~24092~)

<https://mappingthelives.org/bio/dba98710-41e3-497a-ac89-adbc2c82a829>

<https://denkort-deportationen.de/deportationen-aus-unterfranken/>

<https://denkort-deportationen.de/personeninfo/?id=24092>

<https://bildungswerk-ks.de/izbica/die-geschichte-des-durchgangslagers-izbica-1>

<https://www.holocausthistoricalsociety.org.uk/contents/ghettosj-r/krasnystaw.html>

<https://www.johanna-stahl-zentrum.de/themen/ns-verfolgungen/index.html>

https://wuerzburgwiki.de/wiki/J%C3%BCdischer_Kulturbund_W%C3%BCrzburg

(Alle URLs zuletzt aufgerufen am 18.02.2023)

5. Marie Juchacz (1879 – 1956)

Marie Juchacz wurde am 15. März 1879 in Landsberg an der Warthe, heute Gorzów Wielkopolski in Polen, als Marie Luise Gohlke geboren. Die sozialistische Frauenrechtlerin und SPD-Sozialpolitikerin hielt als erste Frau eine Rede vor der Weimarer Nationalversammlung und gründete die Arbeiterwohlfahrt (AWO). Sie starb am 28. Januar 1956 in Düsseldorf an Krebs. Marie Gohlke erhielt bereits als Kind über ihren Vater und ihren älteren Bruder Zugang zu Zeitungen und sozialdemokratischem Denken. Aufgrund der finanziellen Probleme ihrer Familie besuchte sie jedoch nur acht Jahre die Volksschule und musste mit 14 Jahren einer Lohnarbeit nachgehen. Zunächst als Dienstmädchen, dann in der Fabrik und als Krankenwärterin in einer Nervenheilanstalt, schaffte sie es schließlich ausreichend Lohn anzusparen, um einen Kurs zur Schneiderin zu absolvieren. Arbeit fand sie beim Schneidermeister Bernhard Juchacz, den sie später heiratete. Die Ehe scheiterte, und Marie Juchacz entschied sich für eine Scheidung. 1906 zog die frisch geschiedene, nun alleinerziehende Mutter zweier Kinder mit ihrer jüngeren Schwester Elisabeth nach Berlin, wo bereits ihr Bruder lebte. Den Lebensunterhalt für ihre Familie finanzierte sie als Schneiderin, allerdings war die Kundenakquise als geschiedene Frau damals sehr schwer, sodass das Geld knapp blieb. Ihre Schwester – die mittlerweile ebenfalls ein Kind aus erster Ehe hatte - und ihre Schwägerin unterstützten sie bei allem. Durch diese familiäre Solidargemeinschaft war es sowohl Marie Juchacz als auch Elisabeth Röhl möglich, abends hin und wieder Frauen-Leseabende zu besuchen, die sich insbesondere mit dem Thema Frauenwahlrecht beschäftigten. Da politische Betätigung ihnen per Gesetz verwehrt blieb, traten sie dem „Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse“ bei. Nachdem beide 1908 Mitglied der SPD wurden, waren sie schon bald als charismatische Versammlungsrednerinnen gefragt. Dieses politische Engagement blieb jedoch unentgeltlich und Juchacz musste weiterhin abends nähen, um den Lebensunterhalt zu sichern. 1913 erhielt sie den Posten der Sekretärin für Frauenfragen im Kölner Parteibeziirk „Obere Rheinprovinz“ und zog mit ihrer Schwester und den Kindern nach Köln. Dort kümmerten sie sich während des Ersten Weltkriegs als Teil der „Nationalen Frauengemeinschaft“ um Nothilfenverwaltung, Suppenküchen und Wärmestuben. Zu dieser Zeit wurde Marie Juchacz der Zusammenhang von sozialer Frage und Frauenrechten besonders bewusst. 1917 wurde sie nach der Abspaltung der USPD zentrale Frauensekretärin der SPD Berlin und in den Parteivorstand gewählt. Sie übernahm die Redaktion des Magazins „Gleichheit - Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“ und kämpfte für das Wahlrecht aller Frauen. Im Januar 1919 wurde die Frauenrechtlerin – gemeinsam mit ihrer Schwester und 35 anderen Frauen – in die über 420 Abgeordnete fassende Weimarer Nationalversammlung gewählt. Am 19. Februar hielt Juchacz als erste Frau eine Rede in der Nationalversammlung, in der sie die Gleichberechtigung von Männern und Frauen einforderte. Sie arbeitete im Verfassungsausschuss mit und beantragte dort die Verankerung der Gleichberechtigung in §9. Ihr Hauptaufgabenfeld war v. a. die Sozialpolitik. Sie setzte sich für Rechte von Frauen, Arbeiter:innen und unehelichen Kindern ein, für Mütterschutz, Kinder- und Jugendhilfe, Wohlfahrtsgesetze und eine Reform des Scheidungsgesetzes. Zudem forderte sie die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen im ersten Trimester. So hielt sie 1926 im Parlament eine Rede über Abtreibungen bei Arbeiterfrauen. Im selben Jahr bezog sie zusammen mit ihrer Schwester Elisabeth Kirschmann-Röhl und ihrem Schwager, dem SPD-Politiker Emil Kirschmann, ein Reihenhaus. Juchacz blieb jedoch auch außerparlamentarisch aktiv. Zur Bekämpfung der Armut in der Gesellschaft, plante sie eine Selbsthilfe auf Augenhöhe innerhalb der Arbeiter:innenklasse, um das Angewiesen Sein auf Wohlfahrtsleistungen des bürgerlichen Staates zu vermeiden. Am 13. Dezember 1919

gründete sie die Arbeiterwohlfahrt (AWO), deren Vorsitzende sie bis zur Auflösung 1933 blieb. Innerhalb weniger Jahre baute die AWO über 1400 Beratungsstellen in über 2600 Ortsausschüssen mit 135 000 ehrenamtlichen Mitgliedern auf. Es entstanden vor allem Kinder-, Jugend- und Erziehungsheime, Notstandsküchen und Werkstätten. Bereits 1926 verankerte die AWO eine Ehe- und Sexualberatung im Unterricht der AWO-Wohlfahrtsschule in Berlin. Dort wurden auch Stipendien zur Förderung und Ausbildung von Frauen- und Mädchen vergeben. Elisabeth Kirschmann-Röhl starb 1930 überraschend. Sie war chronisch überarbeitet und wurde nur kurz zuvor bei einem öffentlichen Auftritt von Nazis vom Podium gezerrt. Ihr Tod traf Marie Juchacz schwer. Ab Januar 1933 engagierten Juchacz und ihr Schwager Kirschmann ehemalige Polizisten, die ihr gemeinsames Haus vor herumschleichenden SA- Trupps beschützen sollten, nachdem es zu Einschüchterungsversuchen vor dem Haus kam. Im Mai des gleichen Jahres flohen die beiden, nach einer Warnung von Bekannten, vor der Gestapo und der SA ins Saargebiet. Dort eröffneten sie mit mehreren Genoss:innen eine Gaststätte, die schnell zur Anlaufstelle für Geflüchtete wurde und ihnen Hilfe bot. Nach der Saarabstimmung 1935 gingen alle gemeinsam nach Ostfrankreich und lebten dort in einer Art politisch aktiven Kommune, die antinazistisches Propagandamaterial verteilte. Nach dem Angriff der Wehrmacht verbrannte die Gruppe ihre Spuren und floh nach Südfrankreich. Im September 1940 erhielten Marie Juchacz und Emil Kirschmann zwei von insgesamt nur 125 Not-Visa für die USA, lehnten jedoch zunächst ab. 1941 ging Marie Juchacz dann doch nach New York ins Exil, während Kirschmann illegal folgte. Sie bezogen eine kleine Wohnung in der Bronx. Juchacz fiel die Umstellung auf das neue Land jedoch schwer. Sie fühlte sich nicht wohl, hatte Probleme mit dem Englischen. Dennoch wirkte sie bei der Gründung der US AWO mit, wurde deren Präsidentin und organisierte nach dem Zweiten Weltkrieg den Versand von Hilfsgütern. 1949 kehrte sie aus dem Exil nach Deutschland zurück zu ihren Kindern und ihrem Neffen. Sie wurde Beraterin und Ehrenvorsitzende der AWO und reiste durch das Land. Sie hielt zahlreiche Reden und setzte sich bis zu ihrem Tod weiterhin für Sozialpolitik und Frauenrechte ein. Am 28. Januar 1956 erlag die Frauenrechtlerin, Sozialpolitikerin, NS-Widerstandskämpferin und AWO-Gründerin Marie Juchacz ihrer Krebserkrankung. Marie Juchacz wird auf zahlreiche Arten geehrt. Neben Einrichtungen und Straßen, wurden der Saal im Reichstag, in dem der SPD-Vorstand tagt und der Sitzungssaal des Weimarer Stadtrats nach ihr benannt. Auch Auszeichnungen tragen ihren Namen. Zudem wurde Juchacz auf je einer Briefmarke der Reihen „50 Jahre Frauenwahlrecht“ von 1969 und „Frauen der Deutschen Geschichte“ von 2003 abgebildet. In Berlin befindet sich eine Gedenkplatte zu ihren Ehren, die 2017 eingeweiht wurde.

Literaturhinweise:

Kammerer, Annette: AWO-Gründerin Marie Juchacz. Für die Frauen und die Armen, Deutschlandfunk Kultur, 11.12.2019

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/awo-gruenderin-marie-juchacz-fuer-die-frauen-und-die-armen-100.html>

Quack, Sibylle: *Between Sorrow and Strength. Women Refugees of the Nazi Period*, Cambridge, 2002.

Rhein, Christina: Marie Juchacz – Begründerin der Arbeiterwohlfahrt, in: 100 Jahre, 100 Geschichten, AWO

<https://www.awo-100-geschichten.de/marie-juchacz-begruenderin-der-arbeiterwohlfahrt>

Roth, Johanna: Frauenwahlrecht in Deutschland: Die Uroma der Demokratie, taz, 11.11.2018

<https://taz.de/Frauenwahlrecht-in-Deutschland/!5546912/>

Striewski, Jennifer: Marie Juchacz. Begründerin der Arbeiterwohlfahrt (1879-1956), Portal rheinische Geschichte

<https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/marie-juchacz/DE-2086/lido/57c92fddc69b11.62149235>

Stolberg-Wernigerode, Otto Graf zu: Neue Deutsche Biographie. Hufeland – Kaffsack, 10. Band, München 1974, S. 633.

Struck, Lydia: Marie Juchacz, Digitales Deutsches Frauenarchiv, 08.12.2021

<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/marie-juchacz>

https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2014/49494782_kw07_kalenderblatt_juchacz-215672

<https://awo.org/denkmal-fuer-marie-juchacz-feierlich-enthueellt>

<https://stadt.weimar.de/de/mariejuchaczsaal.html>

(Alle URLs zuletzt aufgerufen am 3. April 2023)

6. Petra Kelly (1947 – 1992)

Petra Kelly wurde am 29. November 1947 als Petra Karin Lehmann in Günzburg geboren. Als Feministin und Gründungsmitglied der Grünen wurde sie als eines der Gesichter der Umwelt- und Friedensbewegung bekannt. Am 1. Oktober 1992 wurde sie im Schlaf in ihrem Haus in Bonn von ihrem Lebensgefährten erschossen, der anschließend Suizid beging. Als Petra Lehmann sieben Jahre alt war, verließ der Vater die Familie. Infolgedessen wurde sie größtenteils von ihrer Großmutter aufgezogen, da ihre Mutter ganztags arbeitete. Nachdem letztere einen in Würzburg stationierten US-Offizier heiratete, erhielt Petra Karin Lehmann den Nachnamen ihres Stiefvaters. 1959 zogen sie in die USA, wo sie die High School als beste Schülerin beendete. In Washington D.C. studierte sie anschließend Politikwissenschaft. Während ihres Studiums, das sie als beste ausländische Studierende abschloss, begann Petra Kellys politischer Aktivismus. Sie organisierte Vorträge und nahm an Demonstrationen gegen Rassismus oder den Vietnamkrieg teil. Zudem engagierte sie sich im Wahlkampf von Senator Robert F. Kennedy. Als ihre jüngere Halbschwester an Krebs erkrankte, kehrte die ganze Familie nach Deutschland zurück, um Grace Kelly dort behandeln zu lassen. In Amsterdam erwarb Petra Kelly 1971 den Master-Titel in Politikwissenschaft und Europäischer Integration. Anschließend begann sie eine politische Laufbahn in Brüssel und trat 1972 in die SPD ein. Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit stellten hierbei meist ihre Hauptaufgabengebiete dar. Neben ihrem Engagement in verschiedenen Initiativen und Gremien war sie auch für Magazine tätig. Durch ihr rhetorisches Geschick, ihr Charisma und ihre Reden entwickelte sich die Pazifistin bald zum international bekannten Gesicht der Anti-Atomkraft-Bewegung. 1979 trat Kelly schließlich aus der SPD aus und gehörte ein Jahr später zu den Gründungsmitgliedern der Grünen, für die sie 1983 in den Bundestag einzog. 1990 schied sie aus dem Bundestag aus und erhielt, nach Streitigkeiten mit der Partei, kaum Stimmen, als sie sich als deren Vorsitzende (Sprecherin) aufstellen ließ. Vorwiegend männliche Parteigenossen sprachen zwar respektvoll, jedoch nicht sonderlich freundschaftlich von ihr. Mit ihrer harschen Kritik an der Parteipolitik und ihrem Verhalten verprellte Petra Kelly ihre eigene Partei und spielte letztlich in der Politik keine Rolle mehr. In ihrer Zeit als Abgeordnete setzte sie sich für Menschenrechte und Umweltschutz ein, traf sich mit außerparlamentarischen Gruppen und unterstützte Emanzipationsbestrebungen und Freiheitskämpfe im In- und Ausland. So prangerte sie Menschenrechtsverletzungen in Tibet oder der DDR an und redete öffentlich über die Grausamkeiten in Guernica 1937. Während ihrer zahlreichen DDR-Reisen verteilte sie Dinge wie Druckerpatronen oder verbotene Bücher und zeigte zudem großen Einsatz für oppositionelle politische Gefangene in der DDR, denen sie auch Schreibutensilien ins Gefängnis schmuggelte. Petra Kelly reiste zu Unterdrückten und Opfern von Gewalt auf der ganzen Welt, beispielsweise zu Indigenen. Ihren Kampf gegen Unterdrückung, Rassismus, Misogynie, Gewalt und Umweltzerstörung setzte sie unermüdlich fort, jedoch entfremdete sie

sich im Zuge dessen immer weiter von ihrer immer realpolitischer agierenden Partei. Nach ihrem Rückzug aus der Öffentlichkeit wurde ihre extreme Abhängigkeit von ihrem Lebensgefährten Gert Bastian, der ihr Leben organisieren musste, noch offensichtlicher. Bereits vorher war allgemein bekannt, dass sie – stets überarbeitet - ohne ihn teils sogar zu essen vergaß. Es folgten öffentliche Diskussionen über das Abhängigkeitsverhältnis in ihrer Partnerschaft als ihre gesundheitliche Konstitution zusehends schlechter wurde. Zudem litt sie an Angstzuständen, da sie als eine der am meisten bedrohten Politiker:innen der 80er zahlreiche als ernstzunehmend eingestufte Drohschreiben erhielt. Am 19. Oktober 1992 wurden Petra Kelly und Gert Bastian tot in ihrem Haus in Bonn aufgefunden - drei Wochen nach dem vermuteten Todesdatum am 1. Oktober. Die Tat wird als Femizid in Form eines erweiterten Suizids eingestuft. Laut Till Bastian, Gerts Sohn, sei Gert Bastian wohl der Überzeugung gewesen, dass Kelly ohne ihn nicht lebensfähig sei und habe deshalb zunächst sie und anschließend sich selbst erschossen. Über 5000 Menschen erwiesen ihr bei ihrer Beerdigung auf dem Würzburger Waldfriedhof die letzte Ehre. Die Petra-Kelly-Stiftung, das Bayerische Bildungswerk für Demokratie und Ökologie der Heinrich-Böll-Stiftung, wurde 1997 gegründet und nach ihr benannt.

Literaturhinweise:

Beck, Marieluise: Petra Kelly und die Grünen. Eine Geschichte von Aufstieg und Entfremdung, Heinrich-Böll-Stiftung, 29.09.2022, <https://www.boell.de/de/2022/09/29/petra-kelly-und-die-gruenen-eine-geschichte-von-aufstieg-und-entfremdung>.

Beckmann, Lukas / Kopelew, Lew (Hg.): Gedenken heißt Erinnern. Petra K. Kelly, Gert Bastian, Lamuv 1993.

Beckmann, Lukas: »Beginne dort, wo Du bist.« Das Leben der Petra Kelly, 29.09.2022, Heinrich-Böll-Stiftung, <https://www.boell.de/de/2022/09/21/beginne-dort-wo-du-bist-das-leben-der-petra-kelly>.

Friedt, Marina: Petra Kelly und Gert Bastian. Tödliche Schüsse im Reihenhaushaus, in: SPIEGEL, 29.11.2017, <https://www.spiegel.de/geschichte/petra-kelly-und-gert-bastian-tod-der-pazifistin-und-des-ex-generals-a-1180659.html>.

Richter, Saskia: Polit-Ikone Petra Kelly. Tod einer Charismatikerin, in: SPIEGEL, 30.09.2007, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/polit-ikone-petra-kelly-tod-einer-charismatikerin-a-508573.html>.

Wiesenthal, Helmut: Petra K. Kellys „politische Theorie“ – ein Erkundungsversuch, Heinrich-Böll-Stiftung, 29.09.2022, <https://www.boell.de/de/2022/09/29/petra-k-kellys-politische-theorie-ein-erkundungsversuch>.

Winkelmann, Ulrike: Tod von Petra Kelly und Gert Bastian. Zwei Leichen, viele offene Fragen, Deutschlandfunk, 01.10.2017, <https://www.deutschlandfunk.de/tod-von-petra-kelly-und-gert-bastian-zwei-leichen-viele-100.html>.

<https://www.hdg.de/lemo/biografie/petra-kelly.html>

<https://www.petrakellystiftung.de/de/petra-kelly>

(Alle URLs zuletzt aufgerufen am 11.02.2023)

7. Franziska Kimpfner (1922 – 2009)

Die Würzburgerin Franziska Kimpfner (geb. Geßner) wurde am 07.01.1922 im Stadtteil Grombühl geboren.¹ Sie besuchte das Lyzeum der Ursulinen und gehörte dort zu den letzten fünf Mädchen, die sich trotz Druck weigerten, dem Bund Deutscher Mädel beizutreten. Kimpfner war schon in ihrer Jugend in der katholischen Jugendbewegung tätig.² Infolge der Schließung aller klösterlichen Bildungseinrichtungen durch die NSDAP war sie gezwungen, ihre Schulbildung mit der Mittleren Reife zu beenden.³ Daraufhin absolvierte sie eine Ausbildung zur technischen Zeichnerin bei der Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer; sie

besuchte jedoch gleichzeitig in Abendkursen kaufmännische Weiterbildungen. Diese ermöglichten ihr später auch den Aufstieg zur Direktionssekretärin.⁴ Nachdem sie von dem Krankenmord-Programm (T4-Aktion) der Regierung erfuhr, gehörte sie einem jugendlichen Freundeskreis an, der zum Widerstehen entschlossen war. In Opposition zum Regime demonstrierte sie mit Oskar Neisinger und Ludwig Althenhöfer gegen die Schließung der Abtei Münsterschwarzach.⁵ Dies hat zur Folge, dass sie 1941 von der Gestapo an ihrem Arbeitsplatz verhaftet wurde.⁶ Durch gute Beziehungen konnte sie jedoch dem Abtransport in das Konzentrationslager Buchenwald entkommen.⁷ 1942 heiratete sie während des Kriegs den Unteroffizier Josef Kimpfler (Bezirksführer der katholischen Jugend im Allgäu).⁸ Zur Zeit des Nationalsozialismus verpflichtete man sie zur Arbeit in einem Rüstungsbetrieb. Sie ließ sich als Schwesternhelfern beim Roten Kreuz ausbilden und versorgte am Wochenende am Würzburger Hauptbahnhof Soldaten in Truppentransporten und Verwundete in Lazarettzügen. Zudem leistete sie Hilfsdienste im Standortlazarett.⁹ Im Jahr 1945 wurde sie Sekretärin des ersten Regierungspräsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg, Dr. Adam Steigerwald. Sie wurde zum Gründungsmitglied der CSU und war für diese mehrere Legislaturperioden im Würzburger Stadtrat vertreten. Im Jahr 1946 rief Kimpfler mit Franz Josef Strauß die Junge Union in Bayern ins Leben und zählte gleichzeitig zu den Gründungsmitgliedern der Frauenunion.¹⁰ Im Laufe der Jahre war sie in folgenden Ämtern tätig: Gründungsmitglied des Familienbundes der Deutschen Katholiken, seit 1975 Vorstandsmitglied des Diözesanfamilienrates, von 1957 bis 1967 in der Geschäftsführung des Familienbundes, Schöffin beim Laiengericht, Beisitzerin beim Jugendgericht, in der Jugendkammer, im Kriegsverwaltungsausschuss und in der Prüfungskammer für Kriegsverweigerer. Zudem war sie auch im Sozialhilfeausschuss, im Seniorenrat und im Stiftungsausschuss vertreten.¹¹ Seit 01.07.1972 gehörte sie dem Würzburger Stadtrat für fast 22 Jahre an.¹² Zudem wurde sie zur Vorsitzenden des katholischen Altenwerks im Dekanat Würzburg-Stadt gewählt, wo sie sich für ältere Menschen einsetzte.¹³ Für ihr ehrenamtliches und soziales Engagement erhielt Franziska Kimpfler zahlreiche Auszeichnungen. Als Anerkennung für ihre Leistung als Stadträtin und in der Betreuung von Senioren mit der Julius-Kardinal-Döpfner-Medaille ausgezeichnet.¹⁴ Am 01.05.1992 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz, am 21.09.1989 das Caritas Ehrenkreuz in Gold, am 30.01.1992 das Goldene Stadtsiegel, am 09.11.1992 die Kommunale Verdienstmedaille in Bronze und am 29.07.1994 die Bayerische Staatsmedaille für soziale Verdienste¹⁵ sowie die Silberne Stadtplakette.¹⁶ Im März 2006 erhielt sie zudem die Ehrenraute der CSU, die höchste Auszeichnung der Partei.¹⁷ „Die Anwältin der Senioren“ beantragte aufgrund der Notwendigkeit zur Pflege ihres kranken Mannes den Austritt aus dem Würzburger Stadtrat zum 31.12.1994.¹⁸ Sie selbst starb nach langer Krankheit am 02.02.2009 in Würzburg.¹⁹

Quellenverzeichnis:

Personendaten, Dienstag, 13. Dezember 1994.

Schreiben von Franziska Kimpfler an Oberbürgermeister Jürgen Weber, Würzburg 07.11.1994.

Schrift Nr. 5/88 Beiträge »Aus dem Leben Würzburger Frauen vom Kaiserreich bis heute«, 4–5.

Literaturverzeichnis:

Schreiben zum Tod an Herr Dr. Motsch (Testamentar) von OB Georg Rosenthal 05.02.2009. Main-Post 05.03.2009.

Volksblatt Nr. 3, 05. Januar 1982.

Auszug Main-Post Nr. 6, 09. Januar 1979.

Fränkisches Volksblatt Nr. 4, 04. Januar 1992.

Fränkisches Volksblatt Nr. 13, 18. Januar 1982.

Fränkisches Volksblatt Nr. 253, 04. November 1987.
Main-Post Nr. 4, 07. Januar 1987.

- 1 Vgl. Fränkisches Volksblatt Nr. 4, 04. Januar 1992; Fränkisches Volksblatt 253, 4. November 1987.
- 2 Vgl. Fränkisches Volksblatt Nr. 3, 05. Januar 1982.
- 3 Vgl. Fränkisches Volksblatt Nr. 4, 04. Januar 1992.
- 4 Vgl. Ebd.
- 5 Vgl. Auszug Main-Post Nr. 6, 09. Januar 1979; Fränkisches Volksblatt 13, 18. Januar 1982.
- 6 Vgl. Fränkisches Volksblatt Nr. 4, 04. Januar 1992.
- 7 Vgl. Ebd; Main-Post Nr. 4, 07. Januar 1987.
- 8 Vgl. Ebd.
- 9 Vgl. Schrift Nr. 5/88 Beiträge »Aus dem Leben Würzburger Frauen vom Kaiserreich bis heute«, 4–5.
- 10 Vgl. Main-Post Nr. 4, 07. Januar 1987.
- 11 Vgl. Fränkisches Volksblatt 3, 05. Januar 1982.
- 12 Vgl. Fränkisches Volksblatt 253, 04. November 1987.
- 13 Vgl. Fränkisches Volksblatt 253, 04. November 1987.
- 14 Vgl. Auszug Main-Post Nr. 6, 09. Januar 1979.
- 15 Vgl. Personendaten, Dienstag, 13. Dezember 1994.
- 16 Vgl. Schreiben zum Tod an Herr Dr. Motsch (Testamentar) von OB Georg Rosenthal 05.02.2009.
- 17 Vgl. Main-Post 05.03.2009.
- 18 Vgl. Schreiben von Franziska Kimpfner an Oberbürgermeister Jürgen Weber, Würzburg 07.11.1994.
- 19 Vgl. Fränkisches Volksblatt Nr. 4, 04. Januar 1992.

8. Maria Gräfin von Linden (1869 – 1936)

Die aus dem hessisch-württembergischen Adelsgeschlecht Linden stammende Maria von Linden (vollständiger Name: Maria Anna Wilhelmine Luise Karoline Elise Kamilla Olga Amalie Pauline Gräfin von Linden) wurde am 18. Juli 1869 in Schloss Burberg geboren und war eine deutsche Zoologin und Parasitologin.¹ Als Tochter aus hochadligem Hause erhielt sie bereits ab dem sechsten Lebensjahr Privatunterricht vom Dorfschullehrer und ab dem achten zusätzlich Religionsunterricht vom dortigen Pfarrer. Mit vierzehn Jahren besuchte sie das renommierte Victoriapensionat und die damit verbundene Victoriaschule in Karlsruhe und erwarb dort Latein- sowie Mathematikkenntnisse.² Nach weiteren Bildungsanstrengungen aufgrund privater Initiative konnte sie schließlich 1891 als erste Württembergerin das Externen-Abitur am Stuttgarter Realgymnasium ablegen.³ Dieses Privileg hat sie besonders ihrem Großonkel Josef Freiherr von Linden (zeitweiliger württembergischer Innen- und Außenminister) zu verdanken. Zudem holte er ihr auch bei dem württembergischen König Wilhelm II. eine Sondergenehmigung zum naturwissenschaftlichen Studium der Fächer Zoologie, Physik und Botanik an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen ein.⁴ Damit zählte sie zu den wenigen Frauen, die bereits vor der regulären Zulassung ein Studium absolvieren konnten.⁵ Obwohl sie lediglich als Gasthörerin Zugang zu den Veranstaltungen hatte (keine offizielle Immatrikulation), war sie die erste Studentin dieser Universität. Dennoch stellte man ihr die Möglichkeit einer Promotion in Aussicht. In dieser beschäftigte sie sich mit dem Thema „Die Entwicklung der Zeichnung und der Sculptur der Gehäuseschnecken des Meeres“ und erhielt dafür 1895 als erste Frau in Deutschland den Titel Scientiae Naturalis Doctor. Zunächst blieb sie anschließend an der Universität Tübingen, bevor sie 1899 eine Stelle an der Universität Bonn antrat.⁶ Dort gelang

ihr auch die Entdeckung der antiseptischen Wirkung von Kupfer. Trotz erfolgreicher universitärer Laufbahn wurde 1908 ihr Habilitationsgesuch abgelehnt. Als Entschädigung wurde ihr die Leitung der im Entstehen begriffenen Parasitologischen Abteilung am Hygienischen Institut zugesprochen.⁷ Zudem verlieh man ihr 1910 als erster Frau in Preußen eine Titularprofessur.⁸ Gleichwohl veränderte sich damit die rechtliche Stellung nicht; weiterhin blieb Frauen das Recht zu habilitieren und zu lehren untersagt.⁹ Nachdem sie in der NS-Zeit die Familie des jüdischen Physikers Heinrich Hertz unterstützte, bei der sie mehrere Jahrzehnte in Bonn gewohnt hatte, und sie überdies 1933 zwangspensioniert wurde, emigrierte sie 1935 nach Liechtenstein.¹⁰ Dort blieb sie weiterhin der Wissenschaft treu und in der Krebsforschung aktiv. Maria von Linden verstarb am 26. August 1936 in Schaan an den Folgen einer Lungenentzündung.¹¹ Aufgrund ihrer wissenschaftlichen Verdienste zeichnete sie die französische Akademie der Wissenschaften 1900 mit dem Da-Gama-Machado-Preis aus. Im Jahr 1902 wählte man sie zum Mitglied der Leopoldina (einer naturwissenschaftlich-medizinischen Gelehrtengeellschaft).¹² Zudem ziert ihr Name einige Institutionen und Einrichtungen. So ist ein Gymnasium in Calw-Stammheim nach ihr benannt. Das 2006 entwickelte Frauenförderprogramm, das Engagement in der Gleichstellung fördert, trägt ebenso ihren Namen. Der Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen verleiht zudem den Maria von Linden-Preis. Des Weiteren trägt seit 2018 in Tübingen eine Straße mit dazugehöriger Bushaltestelle ihren Namen.

Quellenverzeichnis:

Ministerium des Kirchen- und Schulwesens an den akademischen Senat in Tübingen, Stuttgart, 6. Dezember 1892. Universitätsarchiv Tübingen (UAT) 117/204.

Literaturverzeichnis:

Brinkschulte, Eva: Wissenschaftspolitik im Kaiserreich entlang der Trennungslinie Geschlecht. Die ministerielle Umfrage zur Habilitation von Frauen aus dem Jahre 1907, Dickmann, Elisabeth/ Schöck-Quinteros/ Dauks, Sigrid (Hgg.), Barrieren und Karrieren. Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland. Dokumentationsband der Konferenz „100 Jahre Frauen in der Wissenschaft“ im Februar 1997 an der Universität Bremen (Schriftenreihe des Hedwig-Hintze-Instituts Bremen 5), Berlin 2000, 177–192.

Costas, Ilse: Professionalisierungsprozesse akademischer Berufe und Geschlecht – ein internationaler Vergleich, Dickmann, Elisabeth/ Schöck-Quinteros/ Dauks, Sigrid (Hgg.), Barrieren und Karrieren. Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland.

Dokumentationsband der Konferenz „100 Jahre Frauen in der Wissenschaft“ im Februar 1997 an der Universität Bremen (Schriftenreihe des Hedwig-Hintze-Instituts Bremen 5), Berlin 2000, 13–32.

Flecken, Susanne: Maria Gräfin von Linden. Wissenschaftlerin an der Universität Bonn von 1899 bis 1933, Dickmann, Elisabeth/ Schöck-Quinteros/ Dauks, Sigrid (Hgg.), Barrieren und Karrieren. Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland.

Dokumentationsband der Konferenz „100 Jahre Frauen in der Wissenschaft“ im Februar 1997 an der Universität Bremen (Schriftenreihe des Hedwig-Hintze-Instituts Bremen 5), Berlin 2000, 253–270.

<https://uni-tuebingen.de/einrichtungen/universitaetsbibliothek/ueberuns/veranstaltungen-ausstellungen/objekt-des-monats/2019/maria-von-linden/> (zuletzt aufgerufen am 25.02.2023).

<https://www.gleichstellung.uni-bonn.de/angebote-und-beratung/unterstuetzungsmassnahmen-und-programme/biografie-maria-von-linden> (zuletzt aufgerufen am 25.02.2023).

<https://www.mvl-hdh.de/index.php/schule/unsere-schule/biographie-maria-von-linden-1869-1936> (zuletzt aufgerufen am 27.02.2023).

- 1 Vgl. <https://uni-tuebingen.de/einrichtungen/universitaetsbibliothek/ueber-uns/veranstaltungen-ausstellungen/objekt-des-monats/2019/maria-von-linden/> (zuletzt aufgerufen am 25.02.2023).
- 2 Vgl. Flecken (2000), 253.
- 3 Vgl. <https://www.gleichstellung.uni-bonn.de/angebote-undberatung/unterstuetzungsmassnahmen-und-programme/biografie-maria-von-linden> (zuletzt aufgerufen am 25.02.2023).
- 4 Vgl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens an den akademischen Senat in Tübingen, Stuttgart, 6.
Dezember 1892. Universitätsarchiv Tübingen (UAT) 117/204.
- 5 Vgl. Brinkschulte (2000), 178.
- 6 Vgl. Costas (2000), 24. Vgl. Brinkschulte (2000), 178.
- 7 Vgl. Brinkschulte (2000), 190.
- 8 Vgl. <https://uni-tuebingen.de/einrichtungen/universitaetsbibliothek/ueber-uns/veranstaltungen-ausstellungen/objekt-des-monats/2019/maria-von-linden/> (zuletzt aufgerufen am 25.02.2023).
- 9 Vgl. Brinkschulte (2000), 190.
- 10 Vgl. <https://www.gleichstellung.uni-bonn.de/angebote-undberatung/unterstuetzungsmassnahmen-und-programme/biografie-maria-von-linden> (zuletzt aufgerufen am 26.02.2023). Nach den Aufzeichnungen von Wladimir Lindenberg war sie entsetzt über Hitler, seine Politik und Anhänger und wurde aufgrund ihrer passiven und schwer zu fassenden gegnerischen Haltung des „heutigen Deutschlands“ zwangspensioniert.
- 11 Vgl. <https://www.mvl-hdh.de/index.php/schule/unsere-schule/biographie-maria-von-linden-1869-1936> (zuletzt aufgerufen am 27.02.2023).
- 12 Siehe Mitgliedseintrag.

9. Elise Meitner (1878 – 1968)

Elise Meitner (bekannt als Lise Meitner) wurde am 07. November 1878 in Wien geboren und war eine bedeutende Kernphysikerin.¹ Schon als Kind zeichnete sich ihre Leidenschaft für Naturwissenschaften ab. Sie genoss eine höhere Ausbildung und besuchte die Mädchen-Bürgerschule am Czerninplatz. Obwohl die Familie Meitner jüdischer Abstammung war, distanzierte sich diese vom Judentum. Sie war aber trotzdem in der jüdischen Gemeinde eingetragen, ließ sich jedoch später als Erwachsene 1908 evangelisch taufen. Den damaligen Umständen geschuldet, absolvierte sie eine Lehramtsausbildung im Fach Französisch an einer privaten höheren Töchterschule. Nachdem im Jahr 1897 in Österreich auch Frauen zum Studium an den philosophischen Fakultäten zugelassen wurden, legte Meitner 1901 am Akademischen Jungengymnasium in Wien die Matura ab.² Im gleichen Jahr immatrikulierte sie sich an der Universität in Wien und besuchte dort insbesondere die Fächer Physik und Mathematik. Ihr Lehrer bzw. Dozent Ludwig Boltzmann war für ihre Hingabe und Leidenschaft zur Physik von besonderer Bedeutung. So gelang es ihr 1906 als zweite Frau im Hauptfach Physik der Universität zu promovieren. Im Jahr 1907 zog sie nach Berlin, um an der Universität Max Planck zu hören und um ihre wissenschaftliche Ausbildung zu vertiefen. Erst nachdem 1909 in Preußen Frauen offiziell der Zugang zur Universität gewährt wurde, durfte sie regulär Vorlesungs- und Seminarräume nutzen. Sie lernte Otto Hahn kennen, mit dem sie gemeinsam an radioaktiven Nukleotiden forschte.³ Auch Albert Einstein und Marie Curie kannte sie persönlich. Im Jahr 1912 erhielt Meitner eine erste bezahlte Anstellung in der Forschungsabteilung für Radioaktivität am neu gegründeten Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Chemie in Berlin-Dahlem.⁴ Mit dem Beginn des Ersten

Weltkriegs ergriff auch sie die Kriegsbegeisterung, obwohl sie der Politik nur wenig Aufmerksamkeit und Interesse schenkte. Um ihren helfenden Beitrag zu leisten, ließ sie sich als Röntgenassistentin am Krankenhaus in Lichterfelde ausbilden und war in dieser Funktion in Lemberg und Trient tätig.⁵ Sie kehrte 1916 wieder nach Berlin zurück und widmete sich dort mit Hahn der naturwissenschaftlichen Forschung. Sie wurde 1917 befördert und war für den Aufbau einer unabhängigen Physikabteilung am KWI für Chemie verantwortlich. Dort verlieh man ihr als erster Frau in Preußen den Professorentitel, und 1922 erhielt sie die Lehrbefugnis.⁶ Als Hitler 1933 an die Macht kam, war ihre Lage unsicher. Vom NS-Staat wurde sie – ungeachtet ihrer Taufe – als Jüdin betrachtet. Auch ihre wissenschaftliche Reputation verlieh ihr ab diesem Zeitpunkt keine Sicherheit mehr. Die Universität entzog ihr die Lehrbefugnis. Als im Jahr 1938 Deutschland Österreich annektierte, verstärkte sich für sie die Gefahr noch. Trotzdem forschte sie weiter und es gelang ihr mit Hahn die Entdeckung der Kernspaltung. Obwohl man sie anfänglich bei der Ernennung zum Nobelpreis berücksichtigen wollte, erhielt er die Auszeichnung.⁷ Aufgrund der politischen Lage musste sie ins Exil nach Schweden fliehen⁸, wo sie letztendlich gezwungen war, ihre Emeritierung zu beantragen.⁹ Sie widmete sich dort weiterhin der Forschung; weigerte sich jedoch, den Auftrag für den Bau einer Atombombe anzunehmen.¹⁰ Vielmehr sprach sie sich gegen jegliche Form von Krieg und für den Frieden aus. Dementsprechend stand sie der Entwicklung der Atomwaffen äußerst kritisch gegenüber und wollte keine Verbindung zu Massenvernichtungswaffen. Ab 1947 leitete Meitner die kernphysikalische Abteilung des Physikalischen Instituts der Königlichen Technischen Hochschule in Stockholm¹¹ und zog 1960 nach Cambridge, wo sie am 27. Oktober 1968 starb.¹² Ihre Bedeutung für die physikalische Forschung ist kaum zu überschätzen: Sie erweiterte die Kenntnisse über die Radioaktivität, die Alpha- und Betastrahlung und letztlich auch die Kernspaltung. Obwohl sie mehrere Nominierungen, aber nie einen Nobelpreis erhielt, wurde sie durch zahlreiche Auszeichnungen geehrt. So tragen zu ihren Ehren etliche Straßen, Preise und auch Schulen ihren Namen. Zudem widmete man ihr verschiedene Gedenktafeln und Denkmäler.¹³ Außerdem wurde ein Asteroid nach ihr benannt.

Literaturverzeichnis:

Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Feier der 100. Geburtstage von Albert Einstein, Otto Hahn, Lise Meitner, Max von Laue (Berichte und Mitteilungen 1979,2), Stuttgart 1979.

Kerner, Charlotte, Lise, Atomphysikerin. Die Lebensgeschichte der Lise Meitner, Weinheim 1989.

Rennert, David / Traxler, Tanja, Lise Meitner. Pionierin des Atomzeitalters, Salzburg/Wien 2018.

Rife, Patricia, Lise Meitner. Ein Leben für die Wissenschaft (Classen extra), Hildesheim 2018.

Dies., Lise Meitner and the dawn of the nuclear age, Boston u.a. 1999.

Sexl, Hannelore / Hardy, Anne, Lise Meitner (Rowohlt's Monographien 50439), Reinbek bei Hamburg 2002.

Sime, Ruth Lewin, Lise Meitner. Ein Leben für die Physik, Frankfurt am Main 2001.

<https://www.dhm.de/lemo/biografie/lise-meitner> (zuletzt aufgerufen am 27.02.2023).

<https://www.dpma.de/dpma/veroeffentlichungen/patentefrauen/lisemeitner/index.html> (zuletzt aufgerufen am 27.02.2023).

Weiterführende Literatur

Ernst, Sabine, Lise Meitner an Otto Hahn, Briefe aus den Jahren 1912 bis 1924. Edition und Kommentierung (Quellen und Studien zur Geschichte der Pharmazie 65), Stuttgart 1992.

Hoffmann, Dieter / Sime, Ruth Lewin, Freundschaft, Interdisziplinarität, Ausgrenzung.

Lise Meitner und Otto Hahn, Stephan, Leibfried; Christoph, Marksches; Ernst Osterkamp; Günter Stock (Hgg.), Berlins wilde Energien. Portraits aus der Geschichte der Leibnizschen Wissenschaftsakademie, Berlin 2015, S. 390–417.

Lemmerich, Jost, Lise Meitner – Max von Laue. Briefwechsel 1938–1948 (Berliner Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 22), Berlin 1998.

Mania, Hubert, Kettenreaktion. Die Geschichte der Atombombe, Reinbek bei Hamburg 2010.

Reiter, Wolfgang L., Aufbruch und Zerstörung. Zur Geschichte der Naturwissenschaften in Österreich 1850 bis 1950 (Emigration – Exil – Kontinuität 15), Berlin (2017).

Rhodes, Richard, The making of the atomic bomb, London u. a. 2012.

Segrè, Gino; Hoerlin, Bettina, The pope of physics. Enrico Fermi and the birth of the atomic age, New York 2017.

Vogt, Anette, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Stuttgart 2007.

1 Vgl. Sime (2001), 17: Über ihre Kindheit ist nur wenig bekannt. Sogar bei ihrem Geburtstag herrscht Unsicherheit. Während Geburtsregister der jüdischen Gemeinde Wiens den 17. November 1878 dokumentieren, bestätigen andere Dokumente den 07. November 1878. Lise Meitner betrachtete diesen Tag ebenfalls als ihren Geburtstag.

2 Vgl. Sime (2001), 27.

3 Vgl. Ebd. 51–52.

4 Vgl. Kerner (1998), 54–55; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (1979), 72.

5 Vgl. Rennert; Traxler (2018), 71; Rife (1992), 179.

6 Vgl. Rennert; Traxler (2018), 81–82.

7 Vgl. Ebd. 134–135;

<https://www.dpma.de/dpma/veroeffentlichungen/patentefrauen/lisemeitner/index.html> (zuletzt aufgerufen am 27.02.2023).

8 Vgl. Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft (1979), 74.

9 Vgl. Sexl/Hardy (2002), 85.

10 Vgl. Rennert; Traxler (2018), 166ff. Sie wurde von den Vereinigten Staaten mehrmals dazu aufgefordert. Sie blieb jedoch in Schweden.

11 Vgl. <https://www.dhm.de/lemo/biografie/lise-meitner> (zuletzt aufgerufen am 27.02.2023).

12 Vgl. Sexl/Hardy (2002), 194.

13 Vgl. <https://www.dpma.de/dpma/veroeffentlichungen/patentefrauen/lisemeitner/index.html> (zuletzt aufgerufen am 27.02.2023).

10. Emmy Noether (1882 – 1935)

Amalie Emmy Noether wurde am 23. März 1882 in Erlangen geboren. Als Begründerin der modernen Algebra gilt sie als die bedeutendste deutsche Mathematikerin. Die Gelehrte starb am 14. April 1935 in Folge von Komplikationen einer Tumor-Operation in Bryn Mawr (Pennsylvania/USA). In eine wohlhabende liberale jüdische Familie geboren, erhielt Emmy Noether zunächst eine Ausbildung an einer höheren Töchterschule, da Mädchen in Bayern der Besuch eines Gymnasiums verwehrt blieb. 1900 legte sie die Staatsprüfung zur Lehrerin in Englisch und Französisch an Mädchenschulen ab. Mit Hilfe ihres Vaters Max Noether, einem renommierten Forscher der algebraischen Geometrie und Lehrstuhlinhaber für Mathematik an der Universität Erlangen, beantragte sie erfolgreich eine Gasthörerschaft – als eine von nur zwei Frauen. Ihre Familie bezahlte ihr zusätzlich Privatunterricht, sodass Noether 1903, als Frauen erstmals zum Studium zugelassen wurden, ihr Abitur in Nürnberg erfolgreich nachholen konnte. Im selben Jahr ging sie für ein Semester nach Göttingen, musste dann aber krankheitsbedingt nach Hause zurückkehren. 1904 nahm sie ihr Studium in Erlangen wieder auf. 1907 folgte die Promotion in Mathematik, die sie dank ihrer

herausragenden Forschung zur Invariantentheorie, mit summa cum laude abschloss. Damit war sie erst die zweite deutsche Frau, die in Mathematik promovierte. Dr. Emmy Noether setzte ihre Arbeit und Forschung an der Uni fort, jedoch inoffiziell und – obwohl sie sogar Doktorand:innen betreute – unentgeltlich, da die bezahlten Stellen Männern vorbehalten waren. Außerdem unterstützte sie ihren Vater bei dessen Forschungen. 1915 erfolgte ihr Wechsel zu Felix Klein und David Hilbert nach Göttingen, das damals zum weltweit renommierten Mathematik-Zentrum avancierte. Dort stellte Noether auch ihren ersten Antrag auf Habilitation. Es folgte eine große Kontroverse. Sie forderte damit, die erste weibliche Fakultätsangehörige an einer Deutschen Uni zu werden. Da dies noch durch einen preußischen Erlass untersagt war, erhielt sie Unterstützung ihrer Förderer Hilbert und Klein, aber auch von Albert Einstein. Diese stellten einen offiziellen Antrag an den preußischen Minister, eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Es wurde ein Kompromiss gefunden: offiziell durften Veranstaltungen David Hilberts „mit Unterstützung von Frl. Dr. Noether“ stattfinden, wobei Hilbert lediglich seinen Namen hergab und Noether die Veranstaltungen letztlich allein abhielt. Ihr zweiter Habilitationsversuch folgte 1917. Nach einer Gesetzesänderung 1919 wurde sie die erste deutsche in Mathematik habilitierte Frau. Zunächst arbeitete Emmy Noether als unbezahlte Privatdozentin. 1922 erhielt sie dann den Titel „nicht beamteter außerordentlicher Professor“ und wurde so die erste Frau, die in Deutschland eine Professur innehatte - auch wenn sie nie eine ordentliche erhielt. Sechs Jahre Arbeit als Privatdozent waren zudem eigentlich Voraussetzung für eine nicht verbeamtete Professur, was die zunehmende Wertschätzung von Noethers Arbeit zeigt. Inflationsbedingte Geldnöte zwangen sie dazu, ein sehr einfaches, nur der Mathematik gewidmetes Leben zu führen. Erst 1923 erhielt sie dank des Einsatzes der mathematischen Abteilung ihre erste, wenn auch geringe Bezahlung. 1928 folgte eine Gastprofessur in Moskau. Als Jüdin und Sozialistin gebrandmarkt, war sie 1933 als eine der ersten Professoren vom NS-Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betroffen, obwohl sie nicht verbeamtet war. Im Zuge dessen erfolgte eine Beurlaubung mit anschließendem Entzug der Lehrbefugnis. Durch den Verlust ihres Einkommens, war Noether bereits im Oktober 1933 zur Emigration gezwungen. Sie erhielt Angebote von der University of Oxford und informell aus Moskau, entschied sich aber für das Women's College Bryn Mawr in Pennsylvania. Dort trat sie ihre erste ordentlich bezahlte Stelle als Gastprofessorin an und erhielt zudem einen Lehrauftrag im nahegelegenen Princeton. Nach ihrem Tod am 14. April 1935 in Folge einer Tumor-OP wurde ihre Urne auf dem Campus des Bryn Mawr College beigesetzt. Dr. phil. Emmy Noether war eine bekennende Pazifistin. Von 1919 bis 1922 war sie Mitglied der USPD, dann 2 Jahre bei der SPD. Dies im Zusammenhang mit ihrer Gastprofessur in Moskau und ihren Kontakten zu russischen Mathematikern machte sie als jüdische, hochgebildete, emanzipierte Frau zum Feindbild von Antisemit:innen. Noether pflegte engeren Kontakt zu Einstein und veröffentlichte 1918 ihren Beweis des Zusammenhangs zwischen Symmetrien und Erhaltungssätzen in seiner Relativitätstheorie, den „Noetherschen Normalisierungssatz“. Im Zuge ihrer Auseinandersetzung mit dem algebraischen Ringbereich entwickelte sie den „Noetherschen Ring“. Ab 1920 beschäftigte sie sich besonders mit Algebra und gilt heute als Begründerin der modernen Algebra. Insgesamt leistete sie bedeutende Beiträge zu Mathematik und theoretischer Physik. Durch ihr neuartiges Denken beeinflusste sie aber auch andere Gebiete, wie die Topologie. Auch unterrichtete und beeinflusste sie zahlreiche weitere renommierte Mathematiker:innen und scharte einige um sich. Dieser Kreis wird auch als Noether-Schule bezeichnet. Auch war sie stets sehr um ihre Studierenden bemüht. 1932 hielt sie als erste Frau einen der Hauptvorträge auf dem Internationalen Mathematikerkongress mit 800 Zuhörer:innen. Im selben Jahr erhielt sie den Alfred-Ackermann-Teubner-Gedächtnispreis, damals die höchste deutsche Auszeichnung für Mathematik. Im Lauf ihres Lebens war sie Mitglied des Circolo matematico di Palermo, der deutschen Mathematikervereinigung, der Moskauer und der Amerikanischen

Mathematischen Gesellschaft. Zahlreiche mathematische Begriffe, Strukturen und Sätze wurden nach ihr benannt, sowie mehrere Forschungsprogramme, ein Krater auf der Rückseite des Mondes und ein Asteroid. Aber auch Bildungseinrichtungen, Stipendien und Förderprogramme tragen Noethers Namen. Seit 2009 befindet sich ihre Büste in der Münchner Ruhmeshalle.

Literaturverzeichnis:

Koreuber, Mechthild: Emmy Noether, die Noether-Schule und die moderne Algebra. Zu Geschichte einer kulturellen Bewegung, Berlin u. a. 2015.

Tollmien, Cordula: "Kann eine Frau Privatdozentin werden?" - die Umfrage des Preußischen Kultusministeriums zur Habilitation von Frauen 1907 (Die Lebens- und Familiengeschichte der Mathematikerin Emmy Noether in Einzelaspekten 1/2021), Hamburg 2021.

Tollmien, Cordula: "Wir bitten nur um Dispens für den vorliegenden einzigartig liegenden Fall" - die Habilitation Emmy Noethers (Die Lebens- und Familiengeschichte der Mathematikerin Emmy Noether in Einzelaspekten 2/2021), Hamburg 2021.

Strick, Heinz Klaus: Der mathematische Monatskalender. Amalie Emmy Noether (1882–1935), Spektrum, 01.03.2012,

<https://www.spektrum.de/wissen/amalie-emmy-noether-1882-1935/1141528> .

<https://www.dhm.de/lemo/biografie/emmy-noether.html>

<https://www.deutsche-biographie.de/gnd118588443.html#ndbcontent>

<http://www.math.uni-goettingen.de/historisches/noether.html>

(Alle URLs zuletzt aufgerufen am 1.3.2023)

11. Ruth Pfau (1929 – 2017)

Ruth Pfau wurde am 9. September 1929 in Leipzig geboren. Für ihren selbstlosen Einsatz gegen Lepra in Pakistan wurde die Ärztin und Ordensschwester auch als „Mutter der Leprakranken“ und „Engel von Karachi“ bekannt. Sie verstarb nach einem Schwächeanfall am 10. August 2017 in Karachi, Pakistan. In jungen Jahren unterstützte Ruth Pfau ihre kränkliche Mutter und ihren kranken Bruder. Dessen Tod mit nur einem Jahr traf sie sehr hart. Infolgedessen entwickelte sich bei ihr schon früh der Wunsch, Medizin zu studieren. Nach ihrer Flucht in den Westen 1949 tat sie dies zunächst in Mainz, dann in Marburg. Es folgten mehrere Weiterbildungen. 1953 ließ sich Dr. Ruth Pfau zunächst evangelisch taufen, konvertierte dann zum katholischen Christentum und trat 1957 in den Orden „Töchter vom Herzen Mariä“ ein, der weder Tracht noch Klausur vorsieht. Dieser schickte sie 1960 nach Indien, um dort als Gynäkologin zu arbeiten. Aufgrund von Visaproblemen musste Pfau einen ungeplanten Zwischenstopp in Karachi/Pakistan einlegen. Dort nahm eine andere Ordensschwester sie mit in eine ärmliche Lepra-Ambulanz in einem Slum, in der etwa 150 sozial ausgegrenzte und mittellose Erkrankte untergebracht waren. In der Ambulanz, die kaum mehr als ein Bretterverschlag ohne Strom oder fließend Wasser war, wurden nicht nur Untersuchungen durchgeführt und Medikamente ausgeteilt, sondern auch die Extremitäten von Leprapatient:innen operiert. All das Leid in Karachi auf offener Straße zu sehen, bewirkte bei Dr. Ruth Pfau den spontanen Entschluss zu bleiben und zu helfen. Sie bildete Helfer:innen aus, die zumindest Wunden verbinden und Medikamente verabreichen konnten und kümmerte sich um Leprakranke an den Straßenrändern. Operationen musste sie in Leichenhallen durchführen, da Krankenhäuser keine Leprakranken aufnahmen. Bald darauf beantragte sie Unterstützung bei der DAHW, der 1957 in Würzburg gegründeten Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe, die sie 1961 auch direkt erhielt. Statt dem Bretterverschlag wurde 1962 das Marie-Adelaide-Leprosy-Center (MALC) gegründet, eine Organisation, die Leprakliniken mit kostenloser Gesundheits- und Rehaverversorgung betreibt. Mittlerweile besteht das MALC nicht nur aus einer großen Fachklinik, sondern ist ein Netzwerk aus 157

Gesundheitscentern in ganz Pakistan. Die Kooperation mit der DAHW besteht bis heute. Schwerpunkt des MALC sind u.a. die Rehabilitation von Menschen mit Handicaps und Leprageheilten, Blindenfürsorge, Tuberkulose- und Lepraversorgung, Impfungen, Schwangerschaftsvorsorge, Mutter-Kind-Versorgung und Katastrophenhilfe nach Erdbeben oder Flutkatastrophen. Im MALC werden auch Patient:innen operiert, wenn der Eingriff nach WHO-Definition nicht erfolgversprechend ist – solange die OP Linderung und ein besseres Leben verspricht. Beispielsweise wird blinden Personen ein wenig Augenlicht zurückgegeben. Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld sind Bildung und Aufklärung. Dies umfasst neben dem Bau von Schulen und der Ausbildung von Fachkräften und Helfer:innen auch Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zum Abbau von Ressentiments und Aberglaube. So wird erklärt, dass Menschen mit inzestbedingten Erbkrankheiten, Lepra oder Handicaps kein böser Geist innewohnt und versucht, das Lepra-Stigma aufzubrechen. Letzteres führt immer noch zur Ausgrenzung von Erkrankten und teils sogar deren Familien aus der Gesellschaft aus Angst vor Ansteckung. An allen Aufgabenfeldern war Dr. Ruth Pfau maßgeblich beteiligt. Sie baute gemeinsam mit ausgebildeten Assistent:innen Außenstationen in den Provinzen auf und leistete wichtige Aufklärungsarbeit. Teils unter Einsatz ihres eigenen Lebens reisten sie und ihr Team auch in die entlegensten Gebiete, Bergdörfer und Wüstensiedlungen. Das Augenmerk der Ärztin lag besonders auf pakistanischen Frauen und Mädchen und deren patriarchaler Unterdrückung. Dank ihrer unermüdlichen Arbeit erklärte die WHO 1996 Pakistan zum ersten Land in Südasien, das Lepra unter Kontrolle bekommen hat, was die erweiterten Arbeitsschwerpunkte des MALC ermöglichte. 1980 besuchte Dr. Ruth Pfau erstmals Afghanistan. Dort eröffnete sie 1984 die erste Lepraklinik des Landes. Über einen Zeitraum von zehn Jahren baute sie einen kostenlosen Gesundheitsdienst mit mehreren Krankenhäusern auf, die einzige Lepra-Organisation Afghanistans und trotzte dabei sowohl sowjetischer Besatzung als auch den Taliban. Während der Massenflucht aus Afghanistan errichtete sie ein Flüchtlingslager in Pakistan. Bis weit über 80 arbeitete Dr. Ruth Pfau noch mit Patient:innen. Gemäß den Bestimmungen ihres Ordens, der seine Mitglieder erst nach Beendigung aller beruflichen Verpflichtungen zulässt, legte sie erst wenige Wochen vor ihrem Tod ihre Ewige Profess ab. Über 50.000 Leprapatient:innen in Pakistan verdanken Dr. Pfau's Wirken ihre Heilung. Für ihren unermüdlichen Einsatz wurde die Ärztin 1980 von der pakistanischen Regierung zur nationalen Beraterin für das Lepra- und Tuberkulose-Kontrollprogramm und 1988 zur Ehrenbürgerin ernannt. Sie erhielt dadurch den Rang einer Staatssekretärin. Nach ihrem Tod 2017 erhielt sie ein Staatsbegräbnis im Beisein von hohen internationalen Würdenträgern und Trauerbeflaggung. Zahlreiche Menschen reisten an, um ihr die letzte Ehre zu erweisen. Ihr Einsatz für Menschenrechte, Emanzipation und Achtung aller Religionen wird stets als selbstlos und aufopfernd beschrieben. Hierfür erhielt sie zahlreiche Auszeichnungen. Darunter 1985 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern, 1991 den Damian-Dutton-Award, 2002 den Ramon-Magsaysay-Award, 2003 den ITZEL-Preis, 2004 den pakistanischen Lifetime-Achievement-Award und den goldenen Albert-Schweizer-Preis, 2012 den Bambi der Kategorie „stille Heldin“, 2014 den Klaus-Hemmerle-Preis und die Ehrendoktorwürde der Universität Freiburg. 2017 wurde sie zudem von der DAHW zur Ehrenbotschafterin für die weltweite Lepraarbeit ernannt. 1996 gründeten Dr. Ruth Pfau und die DAHW die in Würzburg ansässige Ruth-Pfau-Stiftung, die sich der Fortsetzung ihres Lebenswerks verschrieben hat. Stets fromm und dem Grundsatz der Nächstenliebe verschrieben, hielt sie sich jedoch nicht mit Kritik an der Kirche und auch ihrem eigenen Orden zurück und forderte beispielsweise Pfarrerinnen in der katholischen Kirche. Dr. Ruth Pfau veröffentlichte zahlreiche Bücher über ihr Leben und ihre Arbeit.

Literaturhinweise:

Albus, Michael (Hg.), Pfau, Ruth: Und hätte die Liebe nicht. 50 Jahre in Pakistan, Freiburg i.Br. 2011.

Bauerdick, Rolf: „Geht dorthin, wo niemand hin will!“ Die Ärztin und Nonne Ruth Pfau wird am 9. September 75 Jahre alt, in: miteinander. Zeitschrift der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe, Ausgabe 3/2004.

DAHW: Dr. Ruth Pfau – Aus Liebe zum Menschen, Würzburg, 2014.

Walter, Rudolf (Hg.), Pfau, Ruth: Leben ist anders. Lohnt es sich? Und wofür? Bilanz eines abenteuerlichen Lebens, Freiburg i. Br. 2014.

<https://www.dahw.de/organisation/geschichte/vorbilder/ruth-pfau-mutter-der-leprakranken.html>

<https://www.dahw.de/organisation/geschichte/vorbilder/ruth-pfau-mutter-der-leprakranken/ruth-pfau-lebenslauf.html>

https://www.zeit.de/online/2005/48/rede_doenhoff/komplettansicht

<https://www.ruth-pfau-stiftung.de/ruth-pfau/>

https://www.ruth-pfau-stiftung.de/wAssets/docs/Sondermailing_Ruth_Pfau_Stiftung_web.pdf

<https://www.ruth-pfau-stiftung.de/aktuelles/meldungen/20170819.php>

<https://www.ruth-pfau-stiftung.de/aktuelles/meldungen/20170810.php>

<https://www.ruth-pfau-stiftung.de/aktuelles/meldungen/20111129.php>

<https://www.ruth-pfau-stiftung.de/aktuelles/meldungen/20130912.php>

<https://malc.org.pk/about-us/history/>

(Alle URLs zuletzt aufgerufen am: 07.02.2023)

12. Irmlind Rehberger (1945 – 2011)

Die Seelsorgerin, Ordensfrau und Kämpferin für Frauen, Juliane Rehberger, wurde am 29. Januar 1945, wenige Monate vor Kriegsende, in Ammerfeld im Landkreis Donau-Ries geboren.¹ Sie wuchs mit vier Geschwistern auf und besuchte die dortige Realschule. Im Jahr 1961 trat sie den Oberzeller Franziskanerinnen bei und studierte nach ihrer Ausbildung zur Erzieherin in München Sozialarbeit. Sie legte im Jahr 1976 die ewigen Gelübde ab,² arbeitete in einem heilpädagogischen Mädchenheim der Oberzeller und trat im Oktober 1965 als Novizin in das Kloster ein. Seit den 1980er Jahren wurde sie immer wieder in die Kapitel ihrer Gemeinschaft gewählt und beschloss 1983 eine Rückbesinnung auf den Gründungsauftrag von Antonia Werr.³ Sie setzte ihre praktische Arbeit fort und initiierte 1984 eine Wohngruppe für Frauen in sozialen Schwierigkeiten. Sie arbeitete mit Solwodi e.V. (Solidarität mit Frauen in Not) zusammen; diese Vernetzung mündete u. a. in die Gründung des Arbeitskreises Ordensfrauen gegen Frauenhandel im Jahr 1994. Bereits im Jahr 1995 gründete sie die Wohngemeinschaft Berscheba für Frauen in krisenhaften Lebenssituationen. Sie leitete den Fachbereich Frauen ihrer Kongregation mit dem Haus Antonie Werr in dieser Wohngemeinschaft bis zu ihrem Ruhestand im Jahr 2008.⁴ Anschließend war sie Seelsorgerin für Frauen in der Würzburger Justizvollzugsanstalt und Ansprechpartnerin für ehemalige Heimkinder der Oberzeller Einrichtungen. Im Jahr 2005 nahm Schwester Irmlind am fünften Weltsozialforum⁵ in Porto Alegre teil. Sie begeisterte sich für die lateinamerikanische Theologie der Befreiung, sodass sie ihren Glauben auch durchaus politisch verstand. Dementsprechend korrespondierte sie mit Ministern oder hielt zum Thema „Frauenhandel“ vor der UN- Menschenrechtskommission in Genf eine Rede. Für ihr Engagement wurde sie 2005 mit der Georg-Sittig-Medaille ausgezeichnet.⁶ 2007 erhielt sie zudem das Bundesverdienstkreuz am Bande.⁷ Sie starb am 12. September 2011.⁸

Literaturverzeichnis:

Main-Post, 13. September 2011.

Würzburger Katholisches Sonntagsblatt Nr. 39 vom 25. September 2011.

Volksblatt vom 14.09.2011.

1 Vgl. Todesanzeige Main-Post, 13. September 2011.

2 Vgl. Würzburger Katholisches Sonntagsblatt Nr. 39 vom 25. September 2011.

3 Vgl. Würzburger Katholisches Sonntagsblatt Nr. 39 vom 25. September 2011. Antonia Werr war die Gründerin der Gemeinschaft der Dienerinnen der heiligen Kindheit Jesu zu Oberzell. Sie setzte sich für die leibliche und geistige Betreuung sozial benachteiligter Frauen und Mädchen ein.

4 Ebd.

5 Das Weltsozialforum ist ein jährliches Treffen, das eine „Globalisierung von unten“ propagiert.

6 Vgl. Würzburger Katholisches Sonntagsblatt Nr. 39 vom 25. September 2011.

7 Vgl. Volksblatt vom 14.09.2011.

8 Vgl. Todesanzeige Mainpost, Dienstag, 13. September 2011, Blatt Nr. 211.

9 Vgl. Volksblatt v. 14.09.2011.

13. Ellen Schlüchter (1938 – 2000)

Ellen Schlüchter geb. Jähn (geb. 26. April 1938 in Berlin; gest. 21. August 2000 in Würzburg) war eine deutsche Rechtswissenschaftlerin. Sie studierte Rechtswissenschaften, Psychologie, Wirtschaftswissenschaften und Philosophie an der Universität Frankfurt am Main. Das Studium schloss sie mit dem 1. Juristischen Staatsexamen ab. Danach absolvierte sie das Referendariat, das Schlüchter mit dem 2. Juristischen Staatsexamen beendete. Neben ihrem Studium arbeitete sie in der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei ihres Vaters mit. Zunächst war Ellen Schlüchter im Justizdienst als Richterin, später als Staatsanwältin mit Schwerpunkt Wirtschaftskriminalität in Ellwangen tätig. 1974 ließ sich Schlüchter an die Universität abordnen, wo sie promovierte (1977) und habilitierte (1983). 1978 wurde sie zur Gruppenleiterin befördert und an die Universität Konstanz abgeordnet. Sie lehrte und forschte dann als Professorin im Bereich des Strafrechts und Strafprozessrechts von 1984 bis 1987 an der Universität Köln, von 1987 bis 1995 an der Universität Würzburg und von 1995 bis 2000 an der Universität Bochum. Während ihrer Tätigkeit als erste Juraprofessorin an der Universität Würzburg wurde sie zudem die erste Frauenbeauftragte dort (1988-1990) und später (1991-1995) Vizepräsidentin der Universität. Als Gutachterin für den Deutschen Bundestag gab Ellen Schlüchter eine Stellungnahme zum Rechtspflegeentlastungsgesetz ab. Im Bereich des Jugendstrafrechts setzte sich Ellen Schlüchter für den Erziehungsgedanken ein, damit jugendliche Straftäter wieder auf den Pfad des Rechts gebracht werden. Den Strafprozess verstand Ellen Schlüchter als eine Interaktion, also als ein Zusammenwirken aller Prozessbeteiligten. In ihrem Werk „Das Strafverfahren“ werden diese Gedanken deutlich. Auch ihre Kommentierung des Hauptverfahrens im Systematischen Kommentar zur Strafprozessordnung zeigt diesen Ansatz. Bereits in ihrer Dissertation zeigte sich ihr Interesse an wirtschaftlichen und wirtschaftsrechtlichen Fragen, die später auch in dem Buch „Steuerberatung im strafrechtlichen Risiko?“ aus dem Jahr 1986 zum Ausdruck kamen. Ebenso setzte sich die Wissenschaftlerin kritisch mit dem „Zweiten Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität“ auseinander. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaft kritisierte sie das hektische Wirtschaften und unüberlegte Handeln von Wirtschaftsorganen. Im Rahmen eines Projektes für die Europäische Kommission erstellte Ellen Schlüchter eine Studie zum Cash settlement im Bereich der Landwirtschaft. An der Universität Bochum führte Ellen Schlüchter multimediale Vorlesungen durch. Daneben forschte Ellen Schlüchter zuletzt im Bereich der Fahrlässigkeit. Ihr Anliegen bestand darin, leicht fahrlässiges Verhalten aus der Strafordnung herauszunehmen. Ellen Schlüchter war die akademische Lehrerin u. a. von Generalbundesanwalt Peter Frank. 1995 wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Ellen Schlüchter war mit dem Rechtsanwalt und Diplom-Kaufmann Horst Schlüchter verheiratet und Mutter zweier Kinder.

Literaturhinweise:

Gunnar Duttge u. a. (Hg.): Gedächtnisschrift für Ellen Schlüchter, Köln u. a. 2002.

14. Marie Wegrainer (Frank) (1852 – 1924)

Marie Frank wurde am 13. März 1852 in Lipprichshausen bei Uffenheim (heute Teil der Gemeinde Hemmerhausen im Lkr. Neustadt an der Aisch – Bad Windsheim) als Marie Bach geboren. Unter dem Pseudonym Marie Wegrainer war sie als Autorin tätig und veröffentlichte ihre in der dritten Person geschriebene Autobiografie „Marie Wegrainer: Der Lebensroman einer Arbeiterfrau. Von ihr selbst geschrieben.“ Ihr Sohn war der berühmte Schriftsteller Leonhard Frank. Sie verstarb am 20. Oktober 1924 in Würzburg. Marie Bach war das zweite uneheliche Kind einer Dienstmagd und Köchin. Sie wuchs zunächst bei Pflegeeltern auf und lernte daher erst spät ihre Mutter kennen, nachdem diese einen Schuhmacher geheiratet hatte. Nach sechs Jahren Volksschule wurde Marie selbst Dienstmädchen in bürgerlichen und adeligen Haushalten in München und Rothenburg ob der Tauber. Aufgrund der schwierigen Lage der Dienstmädchen in dieser Zeit wechselte sie häufig die Anstellung. Sie lernte den Schreinergehilfen Johann Frank kennen und bekam 1872 von ihm ihr erstes Kind. Erst 1876 reichten die finanziellen Mittel für eine Heirat der beiden. Ihre Schwiegermutter kaufte ein kleines Haus in der Würzburger Zeller Straße, das sehr beengt war und in dem Marie unter der Behandlung durch ihre Schwiegermutter litt. 1882 kam hier Leonhard Frank zur Welt. Die Familie war arm und litt häufig unter Geldsorgen. Dies traf zunächst auch auf Leonhard Frank zu. Nach einem Besuch bei ihm in Berlin beschloss Marie Frank, selbst einen Roman zu schreiben, um ihren Sohn finanziell zu unterstützen. Damit ihre Umgebung nichts davon erfuhr, schrieb sie diesen autobiographischen Roman heimlich, mit geänderten Namen, unter dem Pseudonym Marie Wegrainer und siedelte ihn in Bamberg an. Der Roman, den sie in kurzer Zeit in 15 blauen Schulheften niederschrieb, zählt zu einem der wenigen autobiographischen Zeugnisse des Lebens einer Frau im 19. Jahrhundert aus dem Milieu der Dienstmädchen. Sie schildert darin ihr berufliches Schicksal, die Geburt eines unehelichen Kindes auf dem Lande und die Auseinandersetzungen mit ihrem Ehemann und ihrer Schwiegermutter, zugleich Hausbesitzerin. Marie Wegrainer äußert im Buch auch Wünsche und Träume, wie nach einer ihr als Dienstmädchen verwehrt Privatsphäre und Bildung, und verarbeitet Konflikte eher passiv, durch Blicke, Schweigen und Weggehen. Sie zeigt dadurch jedoch trotzdem auf asketische Weise die Missstände auf – ohne zum Kampf gegen diese aufzurufen oder Hierarchien und Privilegien innerhalb der Gesellschaftsordnung per se anzuzweifeln. Für das Buch, das 1914 erstmals publiziert wurde, erhielt Marie von ihrem Verleger 1.800 Mark. Da aber Leonhard Frank im gleichen Jahr mit dem Roman „Die Räuberbande“ seinen ersten großen Publikumserfolg erzielte, war er auf dieses Geld nicht mehr angewiesen. Marie Frank konnte es daher in ihren eigenen Haushalt einbringen. Dies und der zunehmende Erfolg ihres Sohnes machten es Marie und Johann Frank möglich, in ein Haus in der Würzburger Bismarckstraße umzuziehen. Am 20. Oktober 1924 starb Marie Frank in Würzburg.

Literaturverzeichnis:

Bergmann, Klaus: Lebensgeschichte als Appell. Autobiographische Schriften der ‚kleinen Leute‘ und Außenseiter, Wiesbaden 1991.

Dettelbacher, Werner: Marie Frank (1852-1924), in: Frauengestalten in Franken. Eine Sammlung von Lebensbildern, hg. v. Inge Meidinger-Geise, Würzburg 1985, S. 171-173.

Gleichstellungsstelle für Frauen der Stadt Würzburg (Hg): Frauen in Würzburg. Stadtführer & Lesebuch, Würzburg 1996.

Steidle, Hans: Der Dichter und seine Vaterstadt. Leonhard Frank und Würzburg 1882 – 1932 (Schriften des Stadtarchivs Würzburg 16), Würzburg 2007.

Wegrainer, Marie: Der Lebensroman einer Arbeiterfrau. Von ihr selbst geschrieben,
Dettelbach 2018.